

# Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementpreis 1,00 Mark pro  
Quartal zzgl. Bestellgeld. Bestel-  
lungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition  
Berlin S. 69, Urbanstr. 63 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
pro vierpaltige Zeile 60 Pf.,  
Stellengesuche 40 Pf., für Ver-  
bandsmitglieder 20 Pf., Veram-  
lungsanzeigen 20 Pf. Privat-  
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 45.

Berlin, den 5. November 1910.

26. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Vorstandes.

1. Anstellung eines Beamten für das Verbandsbureau. Da der Kollege Vender für die Bearbeitung unserer Berufsstatistik und zur Erledigung der sonstigen statistischen Arbeiten auf dem Verbandsbureau auserselbst ist, so macht sich die Anstellung eines weiteren Beamten notwendig, der die von Vender bisher ausgeführten Arbeiten zu verrichten hätte.

Im Einverständnis mit dem Ausschuss schreiben wir daher hiermit die neue Stelle aus und bemerken dazu, daß der anzustellende Beamte hauptsächlich den Verbandsassistenten in seiner Tätigkeit zu unterstützen hätte.

Zulässig als Bewerber sind alle Verbandsmitglieder, die dem Verbandsbureau mindestens fünf Jahre angehören, der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig, in allen Verwaltungsarbeiten bewandert und durch sonstige Befähigung für die Stelle geeignet sind.

Das Gehalt beträgt im ersten Jahre 2000 Mark und steigt in den nächsten drei Jahren um je 100 Mk., von da ab jährlich um 50 Mk. bis zum Höchstbetrag von 2700 Mk. pro Jahr. Im weiteren gelten die vom Verbandstag in Dresden festgesetzten Anstellungsbedingungen, die im Protokoll über den Dresdener Verbandstag auf Seite 193 und 194 veröffentlicht sind. Solchen Bewerbern, die sich zurzeit in ähnlicher Stellung befinden und bereits ein höheres Gehalt beziehen, kann entsprechend höheres Anfangsgehalt gezahlt werden.

Diesigen Mitglieder, welche sich um die Stelle bewerben wollen, werden hiermit ersucht, kurzgehaltene Angaben über ihren Lebenslauf und über ihre Tätigkeit im Verbandsbureau bis spätestens zum 27. November an den Verbandsvorstand gelangen zu lassen. Solche Mitglieder, die sich schon bei früheren Gelegenheiten beworben und ihren eingekommen Lebenslauf nicht zurückverlangt haben, brauchen nur durch eine kurze Mitteilung ihre Bewerbung um die ausgeschriebene Stelle kund zu geben, sie werden dann in die Liste der Bewerber mit eingetragen.

Die Besetzung der Stelle ist zum 1. Januar 1911 in Aussicht genommen, kann aber auch zu einem anderen Termin erfolgen, wenn besondere Gründe dieses angezeigt erscheinen lassen.

Schließlich geben wir noch dem Wunsch Ausdruck, daß sich recht viele unserer befähigsten Mitglieder um die ausgeschriebene Stelle bewerben möchten, damit alle Hoffnungen, die auf den neuen Beamten gesetzt werden, in Erfüllung gehen.

2. Für die allgemeine Berufsstatistik sind die Fragebogen den Gau- und Zahlstellenbevollmächtigten zugegangen. Sollte das zugegangene Material an einzelnen Orten nicht ausreichen, so bitten wir um sofortige Nachbestellung.

Wir weisen nochmals darauf hin, daß als Termin für die Aufnahme der

Statistik die Woche vom 14. bis 19. November vorgezogen ist.

Die Ausgabe der Fragebogen muß seitens der Gau- und Zahlstellenverwaltungen so rechtzeitig erfolgen, daß spätestens bis zum 5. November jeder Vertrauensmann im Besitz der für seinen Betrieb erforderlichen Zahl von Personen- und Werkstattfragebogen ist. Jedem Personenfragebogen ist ein geeignetes Rubert beizugeben.

Die Personenfragebogen sollen im verschlossenen Rubert zurückgegeben und ungeöffnet an den Verbandsvorstand eingesandt werden. Die dazu erforderlichen Ruberts haben die Bevollmächtigten auf Rechnung der Verbandskasse selbst anzuschaffen.

Die Vertrauensleute haben dafür zu sorgen, daß spätestens am Montag, den 14. November, jeder Berufsangehörige, Arbeiter wie Arbeiterin, ganz gleich ob organisiert oder nicht, den Personenfragebogen erhalten hat.

Wir ersuchen die Bevollmächtigten, darauf hinzuwirken, daß möglichst alle Berufsangehörige über die Wichtigkeit und den Wert der Statistik aufgeklärt werden, was am besten in besonderen Werkstüberversammlungen erfolgt, in denen die Personenfragebogen Frage für Frage durchberaten und über die Beantwortung der einzelnen Fragen die nötige Belehrung erteilt wird. Hierbei wird die in Nr. 44 der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlichte ausführliche Erläuterung des Personenfragebogens gute Dienste leisten.

Die Personenfragebogen sind bis zum 19. November ausgefüllt an die Vertrauensleute zurückzugeben. Jeder Vertrauensmann muß verpflichtet werden, dafür zu sorgen, daß er alle von ihm ausgegebenen Fragebogen auch wieder zurückempfängt und diese, sowie auch die Werkstattfragebogen unverzüglich an die Gau- bzw. Zahlstellenverwaltung weitergibt. Die Bevollmächtigten sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß möglichst von allen am Ort befindlichen Betrieben ein Werkstattfragebogen ausgefüllt wird.

In den Ortsfragebogen soll angegeben werden, wieviel Betriebe der verschiedenen Branchen am Orte überhaupt vorhanden sind und wieviel Berufsangehörige diese insgesamt beschäftigen, um danach den Prozentsatz der Teilnahme an der Statistik feststellen zu können. Wir ersuchen, die Zahl der vorhandenen Betriebe in den einzelnen Branchen möglichst genau festzustellen und auch die Zahl der darin beschäftigten Berufsangehörigen möglichst genau zu ermitteln.

Die Gauvorstände müssen bestrebt sein, möglichst von allen Orten ihres Gauces, in denen Berufsangehörige beschäftigt sind, ausgefüllte Personen-, Werkstatt- und Ortsfragebogen zu erhalten.

Die weitere Zusammenstellung und Bearbeitung der ausgefüllten Fragebogen erfolgt

durch den Verbandsvorstand. Zu diesem Zweck ist das gesamte Material, also alle eingehenden Personen-, Werkstatt- und Ortsfragebogen spätestens bis zum 15. Dezember an uns einzusenden.

Die Aufnahme der Statistik erfordert eine große Arbeitsleistung. Wir hoffen aber, daß sich unsere Mitglieder dieser gern und freudig unterziehen werden und den einzelnen Verwaltungen bei der mühseligen Arbeit tatkräftig mit zur Hand gehen. Der Verbandsvorstand.

## Bericht von der gemeinsamen Sitzung der Vorstände des Verbandes deutscher Buchbindereibesitzer und des Deutschen Buchbinder-Verbandes.

Im Laufe der letzten Jahre sind eine Reihe neuer Maschinen für unseren Beruf auf den Markt gekommen. Die Arbeitsweise und die Entlohnung der an diesen Maschinen tätigen Personen hat sich fast in jedem Ort anders gestaltet, so daß das Verlangen nach Festsetzung einheitlicher Arbeitsbedingungen für das bedienende Personal dieser neuesten Kinder der Technik durchaus berechtigt ist. Eine gemeinsame Sitzung der Vorstände des Verbandes deutscher Buchbindereibesitzer und des Deutschen Buchbinderverbandes tagte zu diesem Zweck am Sonnabend, den 22. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im Buchgewerbehause in Leipzig. Diese Sitzung beschäftigte sich mit:

1. Die tarifliche Regelung der Entlohnung an den neuen Schnelldreischneidern.
2. Besetzung der automatischen Falzmaschinen und Entlohnung des an denselben beschäftigten Personals.
3. Stellungnahme zur Besetzung der Deckenmachmaschinen.
4. Besetzung der Broschürenehängemaschinen und Bezahlung der an denselben tätigen Personen.
5. Verschiedenes. (Schwarze Listen usw.)

An der Sitzung nahmen teil von Unternehmenseite die Herren Köllner, Hoffmann, Sperling, Fikentscher, Anartz, Enders und Friedrich-Leipzig; Bübben, Lüderik und Jablonski-Berlin; Koch und Grönlund-Stuttgart. Als Vertreter unseres Verbandes waren delegiert die Kollegen Kloth und Hausen vom Verbandsvorstand, Wienide und Herzog-Berlin, Zinke und Peudert-Leipzig, Hemminger und Frey-Stuttgart, sowie Michaelis-Berlin.

Diese gemeinsame Sitzung beschäftigte sich sofort mit der vorgelegten Tagesordnung, zu deren einzelnen Punkten kurze Begründungen seitens der Arbeitervertreter gegeben wurden. Im 1. Punkt wurde die tarifliche Regelung der Entlohnung an den neuen Schnelldreischneidern gefordert. Hierunter werden Dreischneider verstanden, die mit drei verschiedenen Messern ausgerüstet sind und das Beschneiden des Buchblodes auf allen drei Seiten in einem Arbeitsgang bewerkstelligen. Weiter berichtet man unter diesem Namen jedoch auch gewöhnliche Dreischneider (mit nur einem Messer), der mit rapider Messerführung ausgerüstet ist. Angeblich sollen die Leistungen an dieser letzteren Maschine viel höher sein als die an gewöhnlichen Dreischneidern, erzählt und darum wurden die an diesen Maschinen tätigen Kollegen teilweise mit einem

Abzug der im Tarif festgelegten Preise bedacht. Eine solche größere Leistungsfähigkeit der Maschine vermögen jedoch die in Frage kommenden Beschneider nicht anzuerkennen und darum wandten sich ihre Vertreter ganz entschieden gegen einen solchen Abzug, den die Unternehmer auf 25 Proz. festgesetzt wissen wollten. Nachdem eine Einigung auf dieser Grundlage nicht zu erzielen war, wurde dahin votiert, daß an den Schnellbreischneidern mit rapider Messerführung in Zukunft nur im Stundenlohn gearbeitet oder bei Affordarbeit der volle tariflich festgelegte Lohn gezahlt wird. Da nicht anzunehmen ist, daß letzteres geschieht, so ist durch diesen Beschluß die Affordarbeit an den Schnellbreischneidern mit rapider Messerführung ausgeschlossen.

Auch in bezug auf die Entlohnung bei Affordarbeit an den Dreimeßer-Schnellbreischneidern kam es zu keiner Verständigung. Nach langen reiflichen Beratungen der Beteiligten waren die Arbeitervertreter bereit, hier einen Abzug von 25 Proz. von dem im Tarif festgelegten Preisen zuzugestehen. Die Unternehmer forderten 50 Proz. Abzug, bei Auflagen von 500 an und unter Garantie des Stundenlohnes für Maschinenarbeiter (65 Pf. für Berlin, 62 Pf. für Leipzig und 60 Pf. für Stuttgart), ja, in ihrer Vorbesprechung war sogar ein Abzug von 60 Proz. als nicht zu hoch angesehen worden. Ein solcher Vorschlag war für die Vertreter der Arbeiter selbstverständlich vollständig undistastabel. Im Verlauf der Debatten ergab sich ein Nachlassen der beiderseitigen Forderungen, indem die Unternehmer sich mit 40 Proz. Abzug beschneiden wollten, während die Arbeiter nur im Höchstfalle 33 1/2 Prozent zugestehen konnten. Trotzdem, eine Uebereinstimmung war nicht zu erzielen und so wurde auch hier beschlossen, daß an den Dreimeßer-Schnellbreischneidern nur im Stundenlohn gearbeitet werden darf oder bei Affordarbeit der volle Tarifpreis zu zahlen ist. Daß sich zu letzterem die Unternehmer nicht verstehen werden, ist wohl selbstverständlich, und so ist auch an diesem Schnellbreischneider Affordarbeit ausgeschlossen.

Selbstverständlich wurde von der Arbeitnehmerseite aus sofort darauf hingewiesen, daß sich kaum ein Beschneider finden dürfte, der dann zum Minimallohn arbeiten würde. Die Entlohnung würde jedenfalls eine höhere sein müssen. Als Minimallohn kommt selbstverständlich nur der im Tarif unter Position „Stundenlohn für männliche Arbeiter, Abf. d.“ festgesetzte in Betracht.

Dieser beträgt für Stuttgart 60 Pf., für Leipzig 62 Pf. und für Berlin 65 Pf.

Eine von den Arbeitervertretern geforderte prinzipielle Erklärung, daß alle neuen Maschinen mit Gehilfen besetzt werden müssen, wenn die von der Maschine zu leistende Arbeit vorher von Gehilfen hergestellt worden ist, fand bei den Unternehmern lebhaften Widerspruch. Die Abgabe einer solchen Erklärung lehnten sie ab.

Zum Punkt 2 der Tagesordnung: „Besetzung der automatischen Falzmaschinen und Entlohnung des an denselben beschäftigten Personals“, war ursprünglich von den Arbeitervertretern gefordert worden, daß diese Falzmaschinen nur mit Gehilfen besetzt werden dürfen, deren Entlohnung gemäß den Bestimmungen betr. Stundenlohn für männliche Arbeiter, Abf. d, erfolgen soll. Affordarbeit ist an diesen Maschinen unter allen Umständen ausgeschlossen. Von dieser ursprünglichen Forderung wurde jedoch abgesehen und beschlossen, daß an jeder Maschine immer eine Person tätig sein muß. Das Verbot der Affordarbeit sollte aufrechterhalten bleiben. Auch diese Fassung stieß auf Widerspruch bei den Unternehmern, die da erklärten, daß sich die Bedienung an diesen Maschinen von selbst regle. Mit dem Verbot der Affordarbeit waren sie einverstanden.

Punkt 3 der Tagesordnung, „Stellungnahme zur Besetzung der Dedemmaschinen“, wurde von den Unternehmern als gegen den bestehenden Tarif verstoßend bezeichnet. Es war gefordert worden, daß jede Dedemmaschine mindestens mit einem Gehilfen und einer Arbeiterin besetzt sein muß und Affordarbeit an diesen Maschinen unzulässig sein soll. Die Unternehmer glaubten sich dabei auf § 5 des Vertrags von 1906 stützen zu können, der alle Abänderungen, falls nicht neue Maschinen oder Arbeitsmethoden in Frage kommen, verbietet. Dagegen verstoße auch die Affordarbeit an solchen Maschinen gegen den Tarif, und sie sei darum unzulässig. Die Forderung in bezug auf die Besetzung der Maschinen wurde zurückgezogen und soll sie bei der nächstjährigen Tarifrevision wieder aufgenommen werden.

Gleichfalls zurückgezogen wurde Punkt 4: „Besetzung der Projüren-Einhangemaschinen und Bezahlung der an denselben tätigen Personen“, da keinerlei Aussicht bestand, daß die Unternehmer auf diese Forderung eingehen.

Zu Beginn der Verhandlungen über Punkt 5: „Verschiedenes“ (schwarze Listen usw.)

erklärte der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Buchbindermeister, daß in genanntem Verbandschwarze Listen nicht beständen. Von Arbeitnehmerseite wurde das Vorhandensein solcher schwarzen Listen aus Neuierungen geschloffen, die der Profurist der Firma Enders in Leipzig habe fallen lassen. Dieser hatte mehreren Verbandsmitgliedern gegenüber erklärt, veranlassen zu wollen, daß diese keine Arbeit erhalten würden. Herr Enders bestätigte die Neuierungen seines Profuristen, erklärte jedoch gleichfalls, daß schwarze Listen nicht beständen.

Sodann wurde von Arbeitnehmerseite verlangt, daß besondere Vereinbarungen über die Entlohnung zu leistender Arbeit, mit denen eine Umgehung des Tarifs bzw. eine Erniedrigung der Tarifpreise herbeigeführt werden soll, unzulässig und als Tarifbruch zu betrachten sind, wenn der Tarif Bestimmungen über die Bezahlung der in Frage kommenden Arbeit enthält. Die Unternehmer gaben eine diesbezügliche Erklärung ab. Die Versuche der Leipziger Unternehmer, fortgesetzt Sonderabmachungen mit ihrem Personal oder einzelnen Arbeitern zu machen, wurden in ganz entschiedener Weise beurteilt. Weiter wurde Einspruch gegen die überaus mangelhafte Funktion des Tarifamtes erhoben. Diese Angelegenheit wurde dem Prinzipalvorsitzenden des Tarifamtes zur weiteren Erlebigung überwiesen. Eine Anfrage eines Stuttgarter Unternehmers über die Einhaltung des § 9 des Vertrages von 1906 wurde in entsprechender Weise beantwortet. Zugleich gab diese Frage Anlaß, die Unternehmer auf den § 9, Absatz 3, hinzuweisen. Damit hatte die Sitzung ihr Ende erreicht.

Im Verlaufe der Verhandlung ist von Arbeitnehmerseite wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die gefaßten Beschlüsse nur ein Provisorium bis zur nächsten Tarifrevision seien, daß die Unternehmer bis dahin über das Arbeiten an den neuen Maschinen Erfahrungen zu sammeln gedenken, um möglicherweise dann die Affordarbeit zuzulassen. Wollten sie doch auch den hohen Abzug von erst 50, dann 40 Proz. an den Dreimeßer-Schnellbreischneidern nur zu dem Zweck vornehmen, um die Arbeitsintensität auf das Höchste zu steigern und dann danach ihre Zugeständnisse zu machen. Und im Hinblick auf die bevorstehende Tarifrevision raten auch wir unseren beteiligten Kollegen, ebenfalls ihre Erfahrungen bis dahin zu sammeln, damit dann mit geeigneten Vorschlägen aufgetwartet werden kann.

**Brüffel und seine Weltausstellung.\*)**

Flaubereien von Ad. H.  
(Fortsetzung statt Schluß.)

Der berühmte Goldobelisk, der einen Wert von einer Milliarde Mark gehabt hätte, wenn er aus Gold und nicht aus goldplattierter Pappe bestanden hätte, fehlt diesmal in der deutschen Abteilung. Vor zehn Jahren machte bekanntlich dieser Obelisk auf der Weltausstellung in Paris ungeheures Aufsehen. Er sollte die Summe veranschaulichen, die vom Reich und von den drabten Unternehmern für die Unfall-, Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter bis dahin aufgewendet worden sein sollte. Ich hätte gar nichts davor gebabt, wenn wiederum ein solcher Obelisk aufgestellt worden wäre. Nur hätten dann noch einige andere Goldobeliskten Platz finden müssen. Es wäre sogar recht illustrierend für die deutschen Verhältnisse gewesen, wenn eine ganze Galerie von Goldobeliskten Ausstellung gefunden hätte, etwa in dieser Reihenfolge:

1. Ein Obelisk, der den Goldwert der Summe verkörpert, den Deutschland im letzten Jahrzehnt für Heer und Marine ausgegeben hat,
2. einen solchen für die Summe, die dem deutschen Volke innerhalb zehn Jahren an indirekten Steuern abgenommen wurde,
3. ein Obelisk für die Summe, die den Gewinn der deutschen Kapitalisten in einem Jahrzehnt repräsentiert,
4. ein gleicher für die Summe, um welche Industrie- und Agrarkapital innerhalb zehn Jahren bei ihrer Steuerzahlung den Staat bemogelt haben,
5. ein Obelisk für die Viebesgaben aller Art, die seit 20 Jahren den Agrariern auf Kosten des arbeitenden Volkes zugeschwemmt worden sind,
6. einen solchen für die Offizierspensionen, die seit zehn Jahren gezahlt werden mußten.

\*) Siehe auch die Nummern 33, 34, 35, 40 und 41 der „Buchbinder-Zeitung“.

gestellt, dann mögen ruhig auch die Aufwendungen für die Sozialversicherung der Arbeiter veranschaulicht werden. Es würde sich dann zeigen, wie lächerlich geringfügig dieselben im Verhältnis zu den anderen Ausgaben, zu den Kapitalprofitten, zu den indirekten Steuererschöpfung und zu den Riesensummen sind, um die unsere lieben Agrarier den Staat und damit das Volk bemogeln trotz der ungeheuren Zoll-Viebesgaben, die allein jährlich das achts- bis zehnfache dessen ausmachen, was für die Sozialversicherung aufzuwenden ist.

Bietet Brüffel auch den marktschreierischen deutschen Barnum-Obeliskten nicht, so hat sich doch Deutschland in der Ausstellung eines Potentkinschen Dorfes gefallen. In einer mit hübschen Bäumen bestandenen Ecke hinter dem deutschen Hause befindet sich ein schnuckes Dörfchen, das aus hübschen Einfamilienhäusern besteht, wie sie angeblich in Deutschland von den Unternehmern für ihre Arbeiter errichtet worden sind. Der deutsche Katalog bezeichnet ausdrücklich zwei derselben als „Häuser für Industriearbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet“. Die von hübschen Gärten umgebenen Häuser sind beständig. Es ist auch möglich, daß irgendwo sich einige solcher Häuschen befinden, die in einfachem Arrangement Wohnstube, Küche, Kammer und Vaderaume enthalten. Aber blauer Schwindel wäre es, sollte dadurch in dem fremdländischen Besucher die Meinung erregt werden, so wohne im Durchschnitt der deutsche Arbeiter. Abgesehen von den Fußgänger, die stets dem Arbeiter drohen, wenn er im Hause seines Unternehmers wohnt, würde jeder Proletarier gern ein solches Häuschen beziehen. Vorerst sind jedoch die in Brüffel zur Schau gestellten deutschen Arbeiterwohnhäuser Potentkinsche Mache. Wenigstens hätten, um ein richtiges Bild der Wohnungsverhältnisse deutscher Arbeiter zu geben, neben den einladenden Familienhäuschen noch die Modelle von Mietskasernen und von ostpreussischen Landarbeiterwohnungen Platz finden müssen.

In die Wirklichkeit zurück führt uns ein dicht neben den Arbeiterwohnhäusern stehendes Gebäude. In diesem hat Belgien seine Heimindustrien veranschaulicht. Wir finden hier den Schuhmacher, den Tischler, den Schlosser, die Strohhutmäherin, den Stellmacher, die zu Hause ihrer Arbeit obliegen. Nur die unvermeidlichen Zutaten fehlen, die stets zu finden sind, wenn ein Raum zugleich als Wohnstube und Arbeitsraum dienen muß. — Die ganze Hilfslosigkeit des Kleinbetriebes gegenüber den großkapitalistischen Riesenbetrieben stößt uns auf, wenn wir in die flämische Dorfschmiede treten. Hier steht der Schmied neben seinem kleinen Herde und hämmert eine halbe Stunde lang mühsam ein Eisenstück zurecht, was im Großbetriebe binnen wenigen Augenblicken in die gewünschte Form gebracht wird. So lange der Schmied an seinem Herdfeuer steht, muß ein Hund in dem daneben angebrachten Kade gehen, durch welches der Blasebalg in Bewegung gesetzt wird. Trübsinnig macht der arme, ins Kad gesperrte Köter Schritt für Schritt und kommt doch nicht von der Stelle; er hat sich in sein Schicksal ergeben. Vielleicht aber auch steigt ihm der lästerliche Gedanke auf, warum denn gerade er Tag ein Tag aus ins Kad gesperrt wird, während draußen andere Hunde frei herumlaufen und sich nach Belieben tummeln können. Er mag sich trösten. Auch unter den Hunden gibt es eben Proleten und im Ueberfluß lebende Nichtstuer.

Zwei Kinderdrutanstalten sind eine neue Erfindung. In geschlossenen Glas Kästen, von etwa je einem halben Meter Höhe, Breite und Tiefe, die stets unter gleicher Temperatur gehalten und beständig mit frischer Luft von außen versehen werden, liegen vorzeitig geborene Kinderchen, kleine Würmer, die bereits nach 6 bis 7 Monaten den Mutterleib verlassen haben und nun hier unter beständiger Aufsicht von Wärterinnen gepflegt werden. Ob diese künstlich am Leben erhaltenen Proletarierkinder später dafür dankbar sein können?

(Schluß folgt.)

Unsere Statistik.

Nachdem in der letzten Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ der Personenfragebogen einer kurzen Erläuterung unterzogen worden ist, soll heute der Werkstattfragebogen

besprochen werden. Um auch hier die genaueste Beantwortung zu ermöglichen, ist die Zahl der Fragen auf das alleräußerste Maß zurückgeschraubt worden. Um so wichtiger aber ist jede einzelne Frage geworden, so daß eine sorgfältige Beantwortung dringend notwendig ist. Der Werkstattfragebogen dient bis zu einem hohen Maße der Ergänzung des Personenfragebogens, zum anderen auch zum Zusammenstellen der Ortsfragebogen. Ungenauere Angaben auf einem dieser drei verschiedenen Fragebogen bringen also natürlicherweise auch Ungenauigkeiten und auch Zweifel an der Richtigkeit der anderen mit sich. Darum kann auch die besondere Hervorhebung der absoluten Sorgfalt bei der Beantwortung der einzelnen Fragen nicht oft und nicht eindringlich genug geschehen.

Mit der Frage 1 soll der Name der einzelnen Firmen festgestellt werden. Auch der Personenfragebogen enthielt diese Frage. Diese letzteren werden betriebweise zusammengestellt und mit dem Werkstattfragebogen in Vergleich gebracht. Frage 2 will über die Art des Betriebes Auskunft haben. Es gilt auch hier — gleichwie beim Personenfragebogen — die Gliederung unserer Berufsangehörigen nach Branchen vorzunehmen. Es soll festgestellt werden — und zwar dann auch in Verbindung mit späteren Statistiken —, wie die Ausbreitung der einzelnen Branchen vor sich geht, wie sich der Beruf entwickelt.

Der Ergründung der Entwicklungstendenzen dient auch Frage 3, die nach der Zahl der Maschinen forscht und nach Art des Antriebs. Auch diese Frage ist leicht zu beantworten, denn jeder Vertrauensmann weiß, ob und wenn ja, welche Kraftmaschinen den Antrieb der Arbeitsmaschinen tätigen. Es ist also hier bei b anzugeben, ob der Antrieb durch Hand oder Fußbetrieb erfolgt, oder durch Wasser, Luft, Gas, Elektrizität usw. Unter 3a sind nicht nur die großen Maschinen zu zählen, sondern auch die Kleinen, die Tischstangen, Lochmaschinen usw.

Frage 4 forscht nach der Anzahl und dem Personenstand der in den Betrieben tätigen Berufs-

angehörigen. Es heißt mit Vorbedacht „Berufsangehörige“, denn alle anderen Personen, als Markthelfer, Pader, Hausdiener, Kontorpersonal usw., sind keine Berufsangehörigen und sie scheiden aus unserer Statistik aus. Mitgezählt, und zwar unter Frage 4a, müssen die Werkmeister, Vorarbeiter usw. werden, sobald diese — wenn auch nur zeitweise — Arbeiten unserer Berufsangehörigen verrichten. Des-

Haufe nehmen. Hier soll vielmehr die Zahl der nur außerhalb der Werkstatt arbeitenden Personen zu ermitteln gesucht werden.

Die im Betriebe üblichen Lohnmethoden zu erforschen bezweckt Frage 5. Auch hier muß versucht werden, das genaueste Material zusammenzutragen, da diese Frage auf die künftige Gestaltung der tariflichen Verhältnisse an den einzelnen

Plätzen von wesentlichem Einfluß sein wird. Wird mehr im Lohn oder wird mehr im Akkord gearbeitet, das sind Fragen, auf die man seither in den wenigsten Fällen eine bestimmte Antwort erhalten konnte. Im übrigen ist an diesen Fragen weniger zu erläutern, sie sprechen für sich und bieten auch in ihrer Beantwortung kaum Schwierigkeiten.

Das gleiche ist von Frage 6 zu sagen. Es soll durch diese festgestellt werden, inwiefern die einwöchigen Lohnzahlungsperioden in unserem Berufe durchgeführt sind und an welchem Tage der Woche die Lohnzahlung erfolgt. Es gibt noch eine Reihe Betriebe, in denen nur alle 14 Tage oder nach noch längeren Zeiträumen Lohn gezahlt wird. Das Streben der Arbeiter geht aber dahin, die Lohnzahlungsperioden nach Möglichkeit zu verkürzen. Einzelne Betriebe haben alle vierzehn Tage Lohnzahlung, d. h. Abrechnung. In der dazwischen liegenden Woche erfolgt jedoch eine Teilzahlung, sogen. Abschlag. In solchen Fällen ist die Frage 6a zu verneinen und unter „Wemertagen“ auf der Rückseite des Fragebogens entsprechende Auskunft zu geben.

Die Dauer der Arbeitszeit zu umfassen bemüht sich Frage 7. Es ist hier unter a ausdrücklich betont, daß die Dauer der regelmäßigen Arbeitszeit angegeben werden soll. Die eventuelle Ueberarbeit ist also nicht mit zu berücksichtigen, ebenso sind die Pausen nicht als Arbeitszeit anzusehen. Unter b soll Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit ermittelt werden. In der Regel dürfte diese nicht an allen Wochentagen gleich sein, sondern zum

Werkstatt-Fragebogen.

Erhebung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse usw.

der Arbeiter und Arbeiterinnen in Buchbindereien, Kontobuchfabriken, Einzieranstalten, Album-, Etuis-, Kartonagen-, Lederwaren (Portefeuille), Zugsapier- und Papierwarenfabriken und ähnlichen Betrieben Deutschlands.

1 Name der Firma? *A. Baum u. Co* Ort? *Berlin*

2 Gewerbe bzw. Branche? *Lingierpapierfabrik*

3 a) Wieviel Maschinen sind vorhanden? *34* b) durch welche Kraft werden dieselben in Betrieb gesetzt? *Gasmotor*

4 a) Zahl der in der Werkstatt beschäftigten Gehilfen? *12* davon verheiratet? *9*  
 b) " " " " " " Hilfsarbeiter? *4* davon verheiratet? *1* unter 16 Jahren? *2*  
 c) " " " " " " Arbeiterinnen? *38* davon verheiratet? *8* und unter 16 Jahren? *14*  
 d) " " " " " " Lehrlinge? *3*  
 e) Beschäftigt die Firma auch Arbeiter und Arbeiterinnen außerhalb der Werkstätte? *ja* wieviel Arbeiter? *1* wieviel Arbeiterinnen? *5*

5 a) Wieviel Gehilfen arbeiten nur im Zeitlohn? *2* nur im Akkordlohn? *7* abwechselnd im Zeit- und Akkordlohn? *3* bei Kost und Logis? *1*  
 b) Wieviel Hilfsarbeiter arbeiten nur im Zeitlohn? *1* nur im Akkordlohn? *3* abwechselnd im Zeit- und Akkordlohn? *1* bei Kost und Logis? *1*  
 c) Wieviel Arbeiterinnen arbeiten nur im Zeitlohn? *4* nur im Akkordlohn? *29* abwechselnd im Zeit- und Akkordlohn? *5* bei Kost und Logis? *1*  
 d) Werden auch Lehrlinge bei Akkordarbeit regelmäßig verwendet? *ja* wieviel? *1*  
 e) Werden die Lehrlinge dafür extra entschädigt? *min* f) bekommen die Lehrlinge Kost und Logis beim Meister? *min* g) oder Kostgeld? *ja*  
 h) Wird für die Lehrlinge Lehrgeld gezahlt? *min* i) wie lange währt die Lehrzeit? *3 1/2 Jahre*

6 a) Ist jede Woche Lohntag? *ja* b) An welchem Wochentag? *Samstag*

7 a) Wieviel Stunden währt die regelmäßige Arbeitszeit (Pausen abgerechnet) pro Woche? *54 Stunden*;  
 b) die tägliche Arbeitszeit währt vormittags von *7* bis *12*, nachmittags von *2* bis *6*;  
 c) Wieviel Stunden sind im letzten Jahre über Zeit gearbeitet worden? *120*

8 Wieviel sind organisiert im Deutschen Buchbinder-Verband:  
 a) Gehilfen? *12* b) Hilfsarbeiter? *2* c) Arbeiterinnen? *24* d) Lehrlinge? *1*  
 In anderen Gewerkschaften:  
 a) Gehilfen? *1* b) Hilfsarbeiter? *1* c) Arbeiterinnen? *2* d) Lehrlinge? *1*

9 a) Besteht ein Tarifvertrag mit der Firma? *ja* b) zwischen wem vereinbart? *Firma und Lingierpapierwerkstatt* c) oder sind sonstige tarifähnliche Vereinbarungen vorhanden (Werkstatttarife oder Tarife für einzelne Arbeitergruppen)? *1* Welche? *1*

Bemerkungen auf der Rückseite!

gleichen muß ein Hausdiener als Hilfsarbeiter mitgezählt werden, wenn er tage- oder stundenweise anschnürt oder sonstige Arbeiten verrichtet, die im allgemeinen auch von unseren Berufsangehörigen verrichtet werden. Nach diesen sollen also alle Personen gezählt werden, die Arbeiten verrichten, welche in unseren Beruf mit allen seinen Branchen fallen. In 4e sind nicht mitzugählen die Personen, die tagsüber im Betrieb arbeiten und nur gelegentlich oder ständig Arbeit nach Feierabend mit nach

mindesten ist sie an den Sonnabenden und an den Vorabenden der geschlichen und oft auch an den Vorabenden der vom Geschäft angeordneten Feiertage kürzer als an den anderen Tagen. Auch in solchen Fällen nehme man die Rückseite des Fragebogens zu Hilfe und gebe unter „Bemerkungen“ die notwendigen Erläuterungen. Leider ist es vielfach auch üblich, die kürzeren Arbeitszeiten an den Sonnabenden und Vorabenden von Feiertagen an anderen Wochentagen durch Ueberarbeit einzuholen. Auch in

diesen Fällen muß auf der Rückseite des Fragebogens entsprechende Mitteilung gemacht werden, wie überhaupt in allen Fällen, in denen nicht an allen sechs Wochentagen der gleiche Beginn und das gleiche Ende der Arbeitszeit üblich ist. Unter 7c soll angegeben werden, wieviel Stunden über Zeit im letzten Jahr gearbeitet wurden. Es handelt sich bei der Beantwortung dieser Frage nicht darum, festzustellen, wieviel Ueberstunden die im Betrieb tätigen Berufsangehörigen insgesamt geleistet haben. Das sagt uns der Personenfragebogen besser und genauer, als wir dies durch den Werkstattfragebogen erfahren können. Es handelt sich bei 7c vielmehr darum, festzustellen, wie viele Stunden der Betrieb ganz oder teilweise über Zeit gearbeitet hat. In der Luzuspapierfabrik von Baum hat z. B. der ganze Betrieb im letzten Jahre an 35 Tagen je 1 Stunde, also 35 Stunden über Zeit gearbeitet. Die Prägererei hat außerdem an weiteren 20 Tagen je zwei Stunden, also insgesamt 40 Stunden über Zeit gearbeitet und die Spriberieabteilung hat außer den 35 Ueberstunden, an denen der ganze Betrieb teilgenommen hat, an 30 Tagen je 1½ Stunde über Feierabend gearbeitet, und zwar zu einer anderen Zeit als die Prägerieabteilung. So ergibt dies eine Gesamtzahl von Ueberstunden für den Betrieb von Baum von 35 + 40 + 45 = 120 Ueberstunden. Dieses Beispiel dürfte die Frage 7c genügend erklären.

Die Frage 8 will das Organisationsverhältnis in den Betrieben feststellen und es sind darum die hier geforderten Angaben ebenfalls auf das genaueste zu machen. Unter 8a soll die Zahl der in unserem Buchbinderverband Organisierten angegeben werden, während unter 8b die Anzahl der in anderen Verbänden Organisierten angegeben sind. Welcher Art diese anderen Gewerkschaften sind, ist nebensächlich. Es sind alle die Berufsangehörigen aufzunehmen, die in anderen freien, oder in christlichen, kirchlich-underschieden oder lokalen Organisationen zusammengefaßt sind.

Durch Frage 9 soll festgestellt werden, in welcher Weise die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Betrieb geregelt sind resp. ob Tarifverträge bestehen (9a). 9b will bezeichnendsten Falles die Tarifkontrahenten festgestellt sehen, und zwar soll angegeben werden, zwischen wem der etwa bestehende Tarifvertrag abgeschlossen ist. Ist ein solcher zwischen der Firma und der Zahlstelle unseres Verbandes abgeschlossen, dann sind die Angaben so zu machen, wie auf dem umstehenden Musterfragebogen angegeben ist. Die Antwort auf Frage 9b kann recht verschiedenartig lauten. Es können als Tarifkontrahenten auf Unternehmenseite in Betracht kommen: 1. Zentralorganisationen der Unternehmer, 2. lokale Organisationen derselben, 3. die betreffende Firma selbst. Auf Arbeitnehmerseite kann als Tarifkontrahent in Betracht kommen: 1. der Verbandsvorstand unseres Buchbinderverbandes (s. Dreistädtearif), 2. Gauenverbände, Zahlstellen, wohl auch 3. Branchenleitungen, 4. das Personal des Betriebes, 5. andere freie Gewerkschaften, 6. sonstige andere Gewerkschaften (christliche usw.). Es heißt hier bei der Beantwortung der Frage 9b darum, genau zuzusehen, mit wem der Tarif abgeschlossen ist. Nun bestehen aber auch Vereinbarungen, die wohl alle Merkmale festumrissener Tarife an sich haben, aber nicht unterschrieben anerkannt sind. Zahl und Art solcher Vereinbarungen sollen unter 9c festgestellt werden. Man begnüge sich jedoch zutreffenden Falles nicht damit, die Frage 9c lediglich mit „ja“ zu beantworten, sondern benütze die Spalte „Bemerkungen“ auf der Rückseite der Fragebogen, um über die Art dieser Vereinbarungen einige kurze Angaben zu machen. —

Damit sind auch die Fragen des Werkstattfragebogens kurz erläutert, und wir hoffen, daß nun mißverständliche Auffassungen über den Sinn und die Bedeutung der einzelnen Fragen nicht bestehen. Der bei unserer Statistik noch mit zur Verwendung kommende

**Ortsfragebogen**

setzt sich lediglich zusammen aus den Angaben auf den einzelnen Werkstattfragebogen. Eine Erläuterung dieses Ortsfragebogens ist darum nicht notwendig. Um so wichtiger ist die genaue Ausfüllung des Werkstattfragebogens. Wir hoffen, daß unsere Vertrauensleute uns mit absolut einwandfreiem Material aufwarten, damit unsere Statistik eine zuverlässige und die mit ihr verbundene Arbeit eine nutzbringende wird. Eine weitere, nicht kleine Arbeit

der Vertrauensleute ist es, dafür zu sorgen, daß alle Berufsangehörigen den Personenfragebogen ausfüllen. Unsere Statistik soll weit über den Rahmen unseres Verbandes hinausgehen und möglichst alle Berufsangehörige umfassen.

**Der Streik in Hannover.**

Der Kampf dauert unerbittert fort; die Ausständigen halten müherhaft fest, weil alle die Ueberzeugung belebt, daß der Kampf siegreich beendet werden wird.

Die großen Inserate in den verschiedensten deutschen und ausländischen Tageszeitungen, in denen die herrlichsten Löhne versprochen werden, haben nichts Erhebliches gebracht an arbeitswilligen Elementen. Dagegen sind in allen Windrichtungen die Werbeagenten auf der Jagd nach Streikbrechern und kommt ganz besonders Schlesien in Betracht. Aus Schlesien traf in der vergangenen Woche ein Transport Streikbrecher, bestehend aus 6 Männern und 2 Frauen, hier ein, wo sie von Schulenteilen empfangen und in Droschken verpackt nach Eber u. Krische eskortiert wurden. Neben Schlesien kommt noch Holland in Betracht, wo sich die Werbeagenten Erfolge versprechen. Die organisierte Arbeiterkraft besonders dieser beiden Gegenden möge ein wachsames Auge haben auf diese Asajäger und die gefahrten Geschöpfe darüber aufklären, daß ihrer nur bittere Enttäuschung hier harret, da sie der Technik der hiesigen Arbeitsweise vollständig ungeeignet gegenüberstehen. Und welcher Tor glaubt denn, daß die Prinzipale in einer Zeit, wo die Unmasse Arbeit sich mit jedem Tag noch vermehrt, sich gebulden, bis die Herren Arbeitswilligen sich die notwendigste Fertigkeit angeeignet haben, um ein den Hannover gestellten Anforderungen entsprechendes Geschäftsbuch fertigstellen zu können? Es sind die meisten hier eingetrossenen Streikbrecher wieder entlassen worden, weil sie vollständig unbrauchbar waren. Und wie kann es auch anders sein. Wer dazu fähig ist, seinen streitenden Kollegen in den Rücken zu fallen, dessen geistige wie körperliche Eigenschaften sind auch nicht in einer Befassung, um sich ehlich durch die Welt zu schlagen.

Bei einer ruhigen Betrachtung der Situation im Unternehmerrlager kommt man nur zu dem einzigen Schluß: Der Kampf hat seinen Höhepunkt erreicht, die Entscheidung muß in allernächster Zeit fallen. Wenn die Prinzipale vor vier Wochen der Welt versicherten, mit sämtlichen Lagerforten von Geschäftsbüchern wären sie reichlich versehen, so war jedenfalls die Auffassung maßgebend, daß die Ausständigen nach 8 Tagen wieder reuevoll zurückkehrten in die Betriebe. Heute können wir aber versichern, daß die Lagerforten bergtiffen sind, denn die Fabrikanten lassen von ihren Vertretern alle entbehrlichen Lagerforten zurückholen, um die allerdringlichsten Aufträge erledigen zu können.

Es wäre ein wirtschaftlicher Selbstmord von den Fabrikanten, wenn sie jetzt noch nicht erkennen wollten, daß es für sie keinen anderen Ausweg mehr gibt als die Einigung mit ihren ausständigen Personalen.

Von einigen Zahlstellen gingen uns Mitteilungen über verweigerte Streikarbeit zu, ein Zeichen, daß die betreffenden Kollegen gut aufpassen. Wir wissen ganz genau, daß nach Leipzig und Berlin schon vor 14 Tagen Streikarbeit von hier geschickt ist, deren Fertigstellung zu verweigern noch nicht hierher oder an den Verbandsvorstand gemeldet worden ist. Vermutlich gehen diese Arbeiten erst durch mehrere Hände, ehe sie fertiggestellt werden. Das eine steht fest, wenn überall gut aufgepaßt wird, ist es ein Leichtes, die Streikarbeit als solche zu erkennen, weil überall die hiesigen Firmen untergedruckt und im Papier der Geschäftsbücher außerdem noch die Wasserzeichen vorhanden sind.

Die Post brachte uns diese Woche einen Brief ohne Unterschrift, worin uns mitgeteilt wird, daß — was wir uns eigentlich schon an den fünf Fingern abgezählt haben — die Situation für uns so außerordentlich günstig stände, daß wir, halten wir noch weiter so geschlossen wie bisher aus, einen glänzenden Sieg erringen würden. Allem Anschein nach stammt der Brief von einem Kollegen oder einem verwandten Berufsangehörigen, der noch im Betriebe steht und stündlich sieht, wie sich die Waagschale zu unseren Gunsten senkt.

Zum Versammlungsbericht aus Hannover in Nr. 44 der „Buchbinder-Zeitung“ halte ich im Interesse der Sache folgende Aufklärung für nötig. Nicht ich wollte eine Versammlung in Hannover abhalten, sondern die Streikleitung, die mich lediglich als Referenten wünschte, und welchem Wunsche ich nachkam.

Von einer Anfrage der Streikleitung an die Arbeitgeber betreffs Verhandlungen erfuhr ich erst bei meiner Ankunft in Hannover kurz vor der Versammlung. Hätte ich von dem Vorhaben der Streikleitung rechtzeitig Kenntnis erhalten, so würde ich davon abgeraten haben, weil ich der Ansicht war, daß die gute Absicht der Streikleitung, die Hand zum Frieden zu bieten, von den Arbeitgebern verkannt und als Schwäche ausgelegt werden würde. Die Antwort der Arbeitgeber hat die Richtigkeit meiner Ansicht bestätigt.

Sollten die Arbeitgeber wirklich aus meinem Kommen nach Hannover und meinem voraussichtlichen „Bremfen“ zu ihrer Antwort veranlaßt worden sein, wie es im Bericht heißt, was ich aber bezweifle, so wären sie sehr auf dem Holzwege, denn unser Verbandsvorstand hat gar keine Ursache zum „Bremfen“ in Hannover und hat darüber auch von Anfang an keinen Zweifel gelassen. Er begrüßt vielmehr das entschlossene Vorgehen der hannoverschen Kollegenschaft, das sich wegen der ungenügenden Zustände der Arbeitgeber notwendig machte und das einen guten Erfolg bei dem ausgezeichneten Stand des Streiks erwarten läßt.

Emil Roth.

**Korrespondenzen.**

**Gesperret sind:**

- Deutschland:**  
 Dresden und nähere Umgebung (Präger, Plakatträger usw.);  
 Eisenberg (Eisenarbeiter);  
 Frankfurt a. Main (alle Branchen);  
 Hamburg-Altona (Buchbinder und Arbeiterinnen);  
 Hannover (Buchbinder, Kontobucharbeiter, Linierer und Kartonnagenarbeiter, Portefeuillier und Arbeiterinnen);  
 München (für alle Branchen);  
 Nürnberg-Fürth (Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen und Buchbinder);  
 Rathenow (Eisenarbeiter);  
 Bromberg (die Firma Such);  
 Dortmund (die Firma Ruhfuß);  
 Hofgeismar (die Firma Kieseberg);  
 Potsdam-Rowawes (die Firma M. W. Fahns Erben).

- Belgien:**  
 Turnhout (Papierarbeiter).
- Oesterreich:**  
 Wien (Buchbinder und Arbeiterinnen);  
 Graz (Buchbinder und Arbeiterinnen);  
 Reichenberg (Buchbinder und Arbeiterinnen);  
 Tetschen-Bodenbach (Buchbinder und Arbeiterinnen);  
 Warnsdorf (Buchbinder und Arbeiterinnen);  
 Güz (die Firma Giovanni Logar).

- Schweiz:**  
 Arbon (die Firma A. B. Heine, Stickeriegeschäft);  
 Rorschach (die Firma Feldmühle, Stickeriegeschäft).

- Ungarn:**  
 Budapest (Buchbinder).

- Kroatien:**  
 Agram (die Firma St. Augli).

**Zugung ist fernzuhalten von:**

- Braunschweig (alle Branchen);  
 Halberstadt (Buchbinder und Kartonnagenarbeiter);  
 Osabrück (Buchbinder);  
 Würzburg (alle Branchen);  
 Solingen-Wald-Dhlig (alle Branchen).

Vor Arbeitsannahme in Bremerhaven-Gectemünde-See ist beim örtlichen Bevollmächtigten erst Erkundigung einzuziehen.

Der Stand der Bewegungen in Eisenberg und Rathenow ist noch unverändert.

**Frankfurt a. M.** Am 28. und 29. Oktober haben über 200 Kollegen und Kolleginnen die Kündigung eingereicht. Zugang ist streng fernzuhalten!

**München.** Die Geschäftsbücherfabrik Dietz und Buchtrath, München, Müllerstr. 31, sucht in verschiedenen Mättern Arbeitskräfte. Der Tarif ist dort noch nicht anerkannt und warnen wir vor Annahme von Stellen. München ist noch immer gesperrt.

**Frankfurt a. M.** Ebenso einmütig wie am 28. Oktober die Kündigung beschlossen wurde, ist diese auch in allen 31 Betrieben erfolgt, welche 14 Tage Kündigung haben. Weitere Betriebe werden diese Woche folgen, während dort, wo keine Kündigung besteht, nächste Woche ausgetreten wird. Dieses geschlossene Vorgehen der Kollegen und Kolleginnen hat bewirkt, daß 3 weitere Firmen den Tarif anerkannten und einige größere Firmen um Unterhandlung nachsuchten. Dabei mißbilligten einige recht scharf die Ablehnung jeder Verhandlung durch die beiden Arbeitgebervereinigungen. Die Herren haben aber den Kampf gewollt, und wir sind entschlossen, denselben bis zum äußersten durchzuführen. Originell ist das Verhalten einer Firma, deren Umwandlung in eine G. m. b. H. mit einem Kapital von 60 000 Mk. im Vorjahre in allen Fachblättern zu lesen war. Sie will alles der Polizei übergeben!!! Diese Firma, Jädel G. m. b. H., genießt ein solches „Ansehen“ in Frankfurt, daß deren Namensnennung in einer Versammlung nur unter allgemeiner Heiterkeit geschehen kann. Doch werden wir auch mit dieser Firma fertig werden. An die Kollegenchaft Deutschlands richten wir die dringende Bitte, haltet den Zugang fern!

**Frankfurt a. M.** Zur endgültigen Entscheidung erschien am 26. d. M. in Massen die hiesige Buchbinderarbeiterschaft in unserer Versammlung. Gestraft erlatete Bericht über den Stand der Tarifbewegung. Der ablehnenden Erklärung der freien Vereinigung selbständiger Buchbinder folgte ein ablehnendes Schreiben vom Buchdruckerzweig Frankfurt a. M. Die Begründung der Ablehnung gipfelte darin, daß die Druckereiarbeiter den Buchbindern nicht vorgehen könnten, auch sei in Druckereien die „Buchbinderei“ als Nebenbetrieb zu betrachten. Der Referent beleuchtet den bedauerlichen Standpunkt der hiesigen Druckereibesitzer und er zeigt an Hand von den vorliegenden, in vielen Städten Deutschlands abgeschlossenen Tarifen, daß es daselbst die Herren Buchdruckerbesitzer doch für gut halten, mit der Buchbinderarbeiterschaft in ein tarifliches Vertragsverhältnis zu treten. Wie in der freien Vereinigung der selbständigen Buchbinder die Ablehnung der Tarifvorlage aufstünde kam, zeigt Redner daran, daß in der Meisterversammlung überhaupt nicht über den Beschluß abgestimmt wurde. Das zweite Schreiben, welches noch während der letzten Versammlung der Arbeiterschaft eintraf, in dem auch alle Verhandlungen mit der Tarifkommission abgelehnt wurden, sei nur die Mache einiger Vorstandsmitglieder vorgenannter Vereinigung, die selbst die Entrüstung mehrerer Meister erregte. Die Schlusssatzungen des Kollegen Gestraft klangen in den Appell aus, namentlich auch den hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen und den aufgezwungenen Kampf würdig zu führen.

In der Diskussion sprachen sich alle Redner für die sofort einzureichende Kündigung aus. Für den christlich-graphischen Verband sprach Herr Schleicher, Vorsitzender des christlichen Gewerkschaftsartikels, die Zustimmung dieser Organisation zu der Tarifvorlage aus, mit der Zustimmung, daß die christlichen Kollegen fest entschlossen sind, mit ihren freiorganisierten Kollegen Schulter an Schulter zu kämpfen. Sollte die Kündigung beschlossen werden, so werden auch die christlichen Kollegen sich dem anschließen. Nur möchte er für die christliche Organisation eine Vertretung in der Tarifkommission zugesichert haben. Die Vertretung in der Tarifkommission wurde zugestimmt. Währenddessen wurde das Resultat der geheimen Abstimmung über die einzureichende Kündigung festgestellt. Als der Vorsitzende das Resultat verkündigte, daß einstimmig beschlossen sei, die Kündigung einzureichen, brach ein langanhaltender Beifall aus. Als Vertreter des Verbandsvorstandes fand Kollege Groenhoff-Eberfeld begeisterte Worte, wobei er seiner Freude Ausdruck gab über die überaus gut besuchte Versammlung und die frohe Kampfesstimmung der Anwesenden. Hinter den kämpfenden stehe die Organisation. Die verschiedenen Kündigungsfristen werden so berücksichtigt, daß am 12. November überall die Arbeit ruht. Ein begeistert aufgenommenes Hoch auf die Bewegung beschloß die großartige Versammlung.

**Mathenow.** Zur Lohnbewegung in der Rathenower Stutisbranche wurde am Dienstag, den 25. Oktober, in einer öffentlichen Versammlung Stellung genommen. Referent war Würzberger-Berlin. Derselbe gab den bisherigen Verlauf des Kampfes bekannt. Jetzt versuchen die Unternehmer eine neue Taktik. Denn nachdem sie gesehen haben, daß die Arbeiterschaft vor großen Ausparierungen nicht zurückschreckt, wie der Verlauf des Kampfes im Baugewerbe und in der Metallindustrie beweist, wollen sie anscheinend durch lange irdliche Kämpfe die Kassen der Organisation sprengen und dann zum entscheidenden Schläge ausholen. Die angebotenen 5 Proz. auf den jeweiligen verdienten Lohn konnten die Arbeiter nicht annehmen. Denn nach den Erfahrungen der letzten Tarifbewegung von 1907 wurden ja die damals festgesetzten Löhne in einigen Werkstätten nicht mal bezahlt, so daß die Arbeiter annehmen müssen, daß es den Fabrikanten mit ihrem Angebot nicht ernst ist. Darauf zurückzuführen ist auch die Aeußerung der Fabrikanten, daß sie mit einer Arbeitsniederlegung einverstanden sind, um ihr Schicksal ins Trockene zu bringen, indem sie von ihren Abnehmern höhere Preise verlangen. Doch im schärfsten Widerspruch hierzu steht die Ablehnung des Einigungsamtes und der Vermittlung des Herrn Eripen Bürgermeisters.

Auf persönliches Vortelligwerden seitens des Bezirksleiters antworteten die Unternehmer mit einem Angebot, das als eine direkte Verhöhnung der Streikenden aufgefaßt wird. Denn die 6 Proz. Ausbesserung sollten nur einem Teil der Arbeiterschaft gnädigst gewährt werden. Der andere Teil derselben, die Rindleder-, Frochmaul- und Blechabteilungen sollten leer ausgehen. Hierunter fallen Arbeiterkategorien, die nachweislich seit 15 Jahren keine Lohnausbesserung erhalten haben. Weil nun die Streikenden hierauf nicht eingehen konnten, zogen die Unternehmer nun alle Zugeständnisse zurück und betweigern jede mündliche Aussprache mit der Motivierung, die Arbeiter hätten sich während des Kampfes nicht anständig betragen! Die Versammlung gab durch lebhafteste Zurufe ihre Entrüstung über dieses Schreiben kund. Wenn die Unternehmer glauben, durch einigen Arbeitern gemachte günstige Angebote diese von den Kollegen zu trennen, so täuschen sie sich.

Die Ausführungen des Referenten fanden lebhaften Beifall, ein Beweis, daß ungedrohter Kampfesmut die Stutisarbeiter besetzt. Dies kam auch in der Diskussion zum Ausdruck und eine Abstimmung unter den Streikenden ergab die einmütige Zustimmung zur energischen Weiterführung des Kampfes. Würzberger erklärte hierauf im Namen des Verbandsvorstandes, daß dieser den Ausständigen jede erdenkliche materielle Hilfe in ihrem Kampfe genähleiste. Hierauf sicherte der Vorsitzende des Gewerkschaftsartikels, Genosse Schmidt den Stutisarbeitern die Sympathie der Gesamtarbeiterschaft Mathenows zu und forderte zu treuem Aushalten im Kampfe und Festhalten an der Organisation auf.

Dieser Verlauf der Versammlung wird den Unternehmern in der Stutisbranche jedenfalls gezeigt haben, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, bedingungslos die Arbeit wieder aufzunehmen. Für die Unternehmer wird wohl der lange Kampf eine Lehre sein und in Zukunft werden sie eher geneigt sein, mit ihren Arbeitern zu verhandeln.

Endlich scheinen auch die Unternehmer zu der Einsicht gekommen zu sein, daß es ohne mündliche Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts nicht kommen kann. In der letzten Oktoberwoche wurde von einem Unternehmer angefragt, ob wir geneigt wären, mit einzelnen zu verhandeln. Dies wurde unter Vorbehalt zugefagt. Wir erhielten nun am 29. Oktober vormittags den Bescheid, daß am Abend desselben Tages eine mündliche Aussprache mit den Unternehmern stattfinden sollte. In derselben waren jedoch nicht alle Fabrikanten anwesend. Es wurde erklärt, daß diese Aussprache und eventl. Beschlüsse nicht bindend seien. In die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9½ Stunden willigten sie ein. Betreffs der Lohnfrage stehen sie immer noch auf dem Standpunkt, nicht mehr als 5 Proz. Bevölligen zu können mit der Begründung, die auswärtige Konkurrenz lasse eine größere Erhöhung nicht zu, und das Exportgeschäft würde darunter leiden. Nach zweistündiger Beratung wurde die Sitzung geschlossen. Eine Einigung kann doch noch zustande kommen, wenn die Unternehmer ein besseres Angebot machen. Ihnen brennt das Feuer unter den Nägeln; denn einige denken, daß jeden Tag die Arbeit aufgenommen wird. Aber so eilig haben wir es noch nicht. Wenn haben wir 16 Wochen gekämpft, werden wir auch noch mehr aushalten.

**Braunschweig.** In einer am 25. Oktober stattgefundenen überaus stark besuchten Versammlung nahm die Kollegenchaft Stellung zu der Antwort der Buchdruckerbesitzer auf unseren eingereichten Tarif. Kollege Geißler verlas das Antwortschreiben und beleuchtete dieses in allen seinen Einzelheiten.

Wenn noch in der vorigen Versammlung der Hoffnung Ausdruck gegeben wurde, daß auf Grund von Aeußerungen verschiedener Unternehmer unsere Tarifbewegung ohne Kampf erledigt werden würde, so mußten wir erleben, daß wir uns in unserer Ansicht gründlich getäuscht hatten. Nachdem von den Unternehmern die Angelegenheit 6 Wochen hinausgezogen war, lehnten sie jetzt jede Verhandlung mit uns ab und erklärten den Tarif als unannehmbar, besonders die Paragraphen betreffend Ferien, Streitarbeit und Arbeitsnachweis. Auch erklärten sie, es sei nicht die genügende Gewähr für die Durchführung eines Tarifes gegeben, da nicht zwei gleichwertige Kontrahenten vorhanden wären. Der Unternehmerverein scheint seine Mitglieder schlecht einzuschätzen, denn daß von der Arbeiterschaft Tarife gehalten werden, dafür liegen genügend Beweise vor und auch die Braunschweiger Kollegen und Kolleginnen würden ihrerseits den Tarif strikte durchführen. Aber auch eine gewisse Humanität kam in dem Antwortschreiben zum Durchbruch, denn die Herren Prinzipale wollen den Gehilfen, wo notwendig, eine Zulage gewähren, jedoch die Entlohnung der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen wollen sie auch weiterhin dem freien Ermessen überlassen. Wenn man allerdings darauf wartet, bis die Unternehmer einsehen, daß die Löhne zu niedrig sind, wird man wohl warten müssen bis zum St. Nimmerleinstag.

In der Debatte wurde von allen Rednern das Verhalten der Prinzipale gemißbilligt und in der darauf vorgenommenen geheimen Abstimmung wurde einstimmig beschlossen, am Freitag, den 28. Oktober, die Kündigung einzureichen. Wir erziehen die Kollegen allerorts, auf Streitarbeit zu achten und dafür zu sorgen, daß keine Arbeitswilligen nach Braunschweig kommen; wenn dies beachtet wird, werden wir auch hier den Sieg davontragen.

**Mannheim-Ludwigshafen.** Die Lohnbewegung der in den hiesigen Kartonnagenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist mit einem Erfolge beendet worden. Nach mehrmaligen Verhandlungen ist es zu einer Vereinbarung, wenn auch nicht zu einer schriftlichen Anerkennung unserer Vorlage gekommen. Doch haben sich die Fabrikanten unter Assistentz des Vorstandsmitgliedes des Süddeutschen Kartonnagenfabrikantenverbandes, Herrn Drehsus aus Muggensturm, ehrenwörtlich verpflichtet, diese Vereinbarung zu halten und in ihren Betrieben auszuführen. Ueber die Vereinbarungen und über den Verlauf der Bewegung werden wir noch berichten.

**Erlangen.** Nach langem Schweigen ist es angebracht, auch einmal wieder ein Lebenszeichen von sich zu geben. Allerdings sind es keine glänzenden Erfolge, die wir berichten können. Tagegen ist zu konstatieren, daß die im verfloffenen Halbjahr fleißig betriebene Hausagitation nicht umsonst war. Die Mitgliederzahl ist um zirka 50 gestiegen. Doch im Verhältnis zu der aufgewandten Mühe hätte man mindestens das Dreifache erwarten dürfen. Es heißt jetzt, auf der betretenen Bahn weiterzuarbeiten, damit auch Erlangen endlich einmal in die Lage kommt, an die Verbesserung der Zammerlöhne heranzugehen.

Was alles vorkommt von seiten gewisser Werkführer, zeigt in erschreckender Deutlichkeit das Gebahren des Werkführers Rüter bei der Firma G ä d r i c h. Dieser Herr, der ein großer Freund des Alkohols ist, soll in seinen weils zu Anfang der Woche vorherherrschenden feucht-fröhlichen Launen besonders intim mit Arbeiterinnen sein. Da scheint er zu glauben, daß die Arbeiterinnen ihm zur Abkühlung seiner Gellüste sich gefügig zeigen sollen. Unlänglich spielte sich ein Vorgang ab, der etwas tiefer gefängt werden muß. Eines Montags glänzte dieser Herr wieder einmal im Morienschein seiner moralischen Eigenschaften und er schien es auf eine Arbeiterin besonders abgesehen zu haben. Der genannten Arbeiterin lief er auf Schritt und Tritt nach, forderte sie wiederholt auf, mal da, mal dorthin mitzugeben usw. Die Arbeiterin hatte eine Anzahl Kassetten nach dem oberen Gang zu tragen befohlen. Als sie sich bückte, um die Einlage in der Riste zurechtzuliegen, legte sich plötzlich Herr Rüter, der ihr unbemerkt nachgeschlichen war, in nicht mißzubeherrschender Weise oben auf! Bedinglich dem Umstand, daß Tritte hörbar wurden, ist es zuzuschreiben, daß die Arbeiterin den Klauen dieses Wülfings entfliehen konnte. Auf diesen Vorgang hin veranlaßte die Arbeiterin eine Kollegin, sie auf allen Gängen zu begleiten, da der Werkführer Rüter seine Jagd immer noch weiter fortsetzte. Als am Nachmittage des gleichen Tages die betreffende Arbeiterin nach dem Lieferraum ging, kam Herr Rüter schnellstens wieder hinterher, faßte sie an den Händen, erlaubte sich auch sonstige Unverschämlichkeiten. Da Herr Rüter aus diesmal nicht auf seine Rechnung kam, besuchte er noch ein Mittel, um zum Ziel zu kommen. Abends vor Geschäftsschluß ging er nochmals auf die Arbeiterin zu und forderte

fie direkt auf, seinen Lüften gefügig zu sein. Jeder Kommentar hierzu ist überflüssig. Solche Handlungsweisen sprechen für sich eine so deutliche Sprache, daß tatsächlich jedes weitere Wort überflüssig ist.

Kollegen und Kolleginnen Erlangens! Rafft euch auf und tretet geschlossen der Organisation bei, damit solche haarsträubenden Zustände beseitigt werden können.

**Müßeln bei Dresden.** Am 18. Oktober fand eine vom Gewerkschaftskartell einberufene öffentliche Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Erscheinungen im Wirtschaftsleben. 2. Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Süß. Zum ersten Punkt hatte Kollege Lange-Dresden das Referat übernommen. Redner entledigte sich seiner Aufgabe in einläufigem Vortrag, und erntete er lebhaften Beifall. In der Debatte ging Genosse Herrmann (Hilfsarbeiter) speziell auf die Arbeiterschutzgesetze näher ein. Nur durch starke Organisationen können die Unternehmer gezwungen werden, die Gesetze zu befolgen.

Zum zweiten Punkt gab Lange Mißstände bei der Firma Süß bekannt. Es gibt in der Relief-Abteilung Stundenlöhne von 10—30 Pf. Nur durch Afford sowie durch Arbeit-mit-nach-haufen-nehmen suchen die Arbeiter und Arbeiterinnen die Löhne künstlich in die Höhe zu schrauben. Weiter ist ein Plakat ausgehängt, auf welchem bekanntgemacht wird, daß bei Auschußkarten Strafe abgezogen wird, und zwar bei einer Karte 50 Pf., bei zwei Karten 1 M. Würden nur 10 Pf. abgezogen, so ist das noch zuviel. Der Preis für Grundieren ist von 50 Pf. auf 25 Pf. herabgesetzt worden. Hieran sind die Arbeiterinnen aber selbst schuld, da sie sich um die Festsetzung der Preise herzlich wenig kümmern. Weiter hat der Werkführer Wülfner davor gewarnt, dem Buchbinder-Verbande beizutreten. Lange streifte noch die Arbeiterfreundlichkeit des jetzt nach Berlin abziehenden Herrn Callenbach. Die Berliner werden sich schon freuen, wenn er die Arbeiterfreundlichkeit auch dort so einführen wird wie hier. In der Debatte geht Genosse Herrmann auf die Lohnverhältnisse der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen näher ein. Die Firma bezahlt wohl die Feiertage, aber erst am Jahresluß. Wer vorher das Eldorado verläßt, bekommt nichts. Er erteilt den Rat, daß die hieroben Betroffenen sich an das Gewerbegericht wenden, denn die Firma muß bezahlen. Wenn öfters derartige Klagen kommen, wird die Firma solche Maximen schon bleiben lassen. Um die Arbeiter besser beobachten zu können, hat Herr Callenbach in einer Zür ein Loch machen lassen. Solche Unwürdigkeit muß sich das Personal der Firma Süß gefallen lassen. Da verschiedene Meister in der Versammlung anwesend waren, wurden sie aufgefordert, die zum Vortrag gebrachten Mißstände zu widerlegen, falls sie dies könnten. Das neueste ist, daß die Firma einen Kontoristen extra als Aufpasser angestellt hat. Einer Arbeiterin ist dies zu späßig gewesen, und sie hat darüber gelacht. Sie wurde sofort entlassen. Kollegin Kaufmann ist erstaunt, daß solche Mißstände herrschen. Mit warmen Worten wendet sie sich an die Arbeiterinnen, damit diese nicht mehr länger abseits stehen, sondern sich dem Verbands anschließen. Genosse Ridel (Fabrikarbeiter) geißelt das Gebahren der Arbeiterinnen, die ihren Lohn nur durch die verwerfliche Heimarbeit künstlich erhöhen. Trotz mehrmaliger Aufforderung des Vorsitzenden an die anwesenden Werkmeister, sich zu all diesen Mißständen zu äußern, meldete sich keiner zum Wort. Mit der Aufforderung, sich dem Verbands anzuschließen, erfolgte Schluß der von zirka 200 Personen besuchten Versammlung.

**Erfurt.** Am 22. Oktober fand unsere von 32 Mitgliedern besuchte Generalversammlung statt. Nach Bekanntgabe der jetzt sehr wichtigen Vorgänge im Verbandsleben durch den Vorsitzenden erfolgte der Rassenbericht, gegeben vom Kollegen Smolny. Aus diesem ist zu erwähnen, daß unsere Zahlstelle am Schluß des dritten Quartals 50 Mitglieder (43 männliche und 7 weibliche) zählte. Wenn auch langsam, so geht es doch vorwärts. Es könnte in Erfurt an Agitation bedeutend mehr geleistet werden, wenn nicht gerade einige ältere Kollegen sich von jeder Arbeit drückten oder gar Quertreibereien versuchten, um dem Vorstand die Arbeit zu erschweren. Einer Anregung des Vorstandes folgend, erklärten sich die weiblichen Mitglieder bereit, vom 1. November ab einen wöchentlichen Lokalbeitrag von 5 Pf. zu leisten, wofür bei Arbeitslosigkeit und Krankheit ein Zuschuß, und zwar die Hälfte der Sätze, welche den männlichen Mitgliedern gewährt werden, zusteht. Die Wahl des Gauvorstandes ergab die Wiederwahl des bewährten Kollegen Theile sowie die Neuwahl der Kollegen Steifert und Wähler. Zum Meister für einen abgereisten Kollegen wurde die Kollegin Braun gewählt und zur Teilnahme am Bildungskursus der Erfurter organisierten Arbeiterschaft die Kollegen Steifert und

Schwinge bestimmt. Zum Schluß wurde die Frage der Gründung eines graphischen Kartells in Erwägung gezogen, wozu sich der Vorsitzende mit dem Vorstand der Lithographen und Steinbruder und der Buchdruckerhilfsarbeiter in Verbindung setzen wird.

**Göppingen,** unweit der schwäbischen Residenz, birgt in seinen Mauern zirka 300 Berufsangehörige, der größte Teil ist in Kartonnagenbetrieben beschäftigt. Also eine stattliche Anzahl, welche für unsere Organisation in Frage kommt. Trotz eifriger Agitation ist es uns leider noch nicht gelungen, festere Fuß zu fassen und liegt dies daran, daß von den Arbeitern und Arbeiterinnen unserer Branche sehr viele vom Lande kommen, die für die Organisation sehr schwer zu gewinnen sind. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse sind gerade nicht die günstigsten, werden doch hier noch Löhne von 18 bis 20 M. gelernter Arbeitern angeboten. Der letzte Tarif ist vor zwei Jahren abgelauten und nicht mehr erneuert worden. Darum sollten es sich alle Kollegen, welche hierher reisen, zur Pflicht machen, ohne vorherige Vereinbarung des Lohnes keine Stellung anzunehmen. Es ist in der letzten Zeit wiederholt vorgekommen, daß Kollegen eingestellt wurden mit der Bemerkung: Bezahlung nach Tarif. Die davon betroffenen Kollegen wunderten sich dann nicht wenig, wenn ihnen am Zahlung der hohe Betrag von 20,70 Mark und noch weniger ausgehändigt wird. Auch ältere Kollegen sind damit schon beglückt worden. Der Buchbindereibefizier Schirer hat erst einem Kollegen Arbeit mit „Bezahlung nach Tarif“ an, wies ihn aber nachher wieder ab mit der Begründung, daß die geforderten Lohnansprüche zu hoch seien. Also auch mit der Bezahlung des längst verabschiedeten Tariffs hapert es noch. Ob hieran der neue Werkführer G. die Schuld trägt, vermöchten wir noch nicht festzustellen. Jedenfalls aber genießt auch dieser Herr das Vertrauen der dort beschäftigten Kollegen und Kolleginnen nicht allzu sehr.

Erfreulicherweise ist auch unsere Zahlstelle wieder im Steigen begriffen, und wenn die agitatorische Arbeit unserer Mitglieder nicht nachläßt, so kann auch in absehbarer Zeit wieder an einen Tarifabschluß gedacht werden. Besonders den weiblichen Mitgliedern wollen wir anraten, immer mit tätig zu sein, da es ihnen ja leichter fällt, unter ihren Kolleginnen zu agieren.

**Berlin.** In der am 18. Oktober stattgefundenen Branchenversammlung der in Geschäfts-bücherfabriken usw. beschäftigten Kollegen und Kolleginnen referierte Klar über: „Die letzten Entscheidungen des Tarifschiedsgerichts und unsere Stellungnahme dazu“ und machte hierzu folgende Ausführungen:

Den Anlaß zu dieser Tagesordnung gab die in den Entscheidungen enthaltene Tendenz. Die Klagen der Arbeitnehmer über Verstöße der Arbeitgeber oder deren Werkmeister gegen den Tarif werden entweder abgewiesen, oder die Arbeitgeber zweifeln die Kompetenz des Tarifschiedsgerichts, über die Klagepunkte zu entscheiden, an. Die Arbeitgeber im Schiedsgericht haben eine falsche Ansicht über die Aufgaben desselben zum Ausdruck gebracht, auf die des näheren eingegangen werden soll. Ueber die Affordlöhne enthält der § 4 des Tarifvertrages, außer dem nicht in Betracht kommenden Hinweis auf den nicht fertigestellten allgemeinen Affordtarif den Satz: „Für alle Affordarbeiten ist der Preis vorher zu vereinbaren.“ Die Arbeitgeber und deren Werkmeister vereinbaren wie folgt: Der Preis für die Arbeit wird von ihnen festgesetzt und dem Arbeiter angeboten. Weigert sich dieser, so wird ihm mit Entlassung gedroht. Räht sich der Arbeiter darauf ein, vorbehaltlich der Festsetzung des Affordpreises durch das Tarifschiedsgericht die Arbeit anzufertigen, so ist er der Dumme, denn das Schiedsgericht erklärt sich in solchen Fällen für nicht kompetent. Es findet sich nur bereit, Streitigkeiten über die Auslegung des Tarifs zu schlichten. Differenzen, welche dadurch entstehen, wenn eine Preisvereinbarung über Arbeiten, die sich nicht nach den Verträgen oder dem Allgemeinen Affordtarif für Buchbinderarbeiten berechnen lassen, scheitert, können nach Ansicht der Arbeitgeber nicht vom Schiedsgericht geschlichtet werden. Nach dieser Auffassung ist der Abs. 1 des § 5 überflüssig und können somit Entlassungen und Ausperrungen vorgenommen werden, ohne daß gegen den Vertrag verstoßen wird. Galt die Arbeitgeber an dieser Auffassung fest, so steht es auch den Arbeitnehmern frei, aus diesen Gründen die Arbeit niederzulegen, ohne tariffrüchtig zu werden. Neuerdings werden für Arbeiten, die bisher im Afford angefertigt wurden und in größeren Partien aufgegeben werden, Preisnachlässe verlangt. Weigern sich die Arbeiter unter Hinweis auf den Werkstudien-Affordtarif, zu dem gebotenen Preis die Arbeit zu übernehmen, dann heißt es: „Entweder Sie machen die Arbeit münchener Zeitlohn oder aber Sie hören auf.“ Das Schiedsgericht

funktionierte unter Anziehung des Entscheides vom 24. 8. 1908 in Sachen Zumpke — Umwandlung der Zeitlohn in Affordarbeit — die fixierte Basis der Arbeitgeber mit dem Hinweis, es sei doch Logisch, daß es auch umgekehrt gemacht werden könne. Demnach steht es im Belieben des Arbeitgebers, die gutbezahlten Arbeiter im Zeitlohn — unter Anwendung des Antreibesystems — und die schlechtbezahlten Arbeiter im Affordlohn anfertigen zu lassen! Eine nette Aussicht für die Affordarbeiter! Dieser Anschlag der Arbeitgeber kann nur durch die Einmütigkeit der Arbeiterschaft pariert werden.

Den Ausführungen des Redners folgte eine lebhaft Diskussion. In dieser wird darauf hingewiesen, daß die Gegenläufe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich auch in der Kontobuchbranche immer mehr verschärfen, daher müsse jeder auf dem Blase sein, wenn die Organisation ihn ruft. Die Handlungsweise der Arbeitgeber wird scharf gezeißelt und die schärfsten Gegenmaßregeln seitens der Branchenleitung verlangt. Die Laßheit einzelner Kollegen ist schuld, wenn hier und da Mißstände einreißen. Wenn die Arbeitgeber die Bestimmungen des Tarifs falsch auslegen, dann muß auch den Arbeitern Gelegenheit gegeben sein, ihren Unwillen in ungewöhnlicher Weise zum Ausdruck zu bringen. Weiter wird das Schiedsgericht beklagt, in dem das Schiedsgericht arbeitet und die Gleichgültigkeit vieler Kollegen. Nachfolgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die am 18. Oktober tagende Versammlung der Kontobucharbeiter und -Arbeiterinnen nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Versuch der Arbeitgeber, durch das Tarifschiedsgericht den tariflichen Bestimmungen eine falsche Auslegung zu geben. Die in letzter Zeit gefällten Schiedsprüche zeigen, daß die Arbeitgeber nicht unparteiisch geurteilt haben und sind wir bei weiterer parteiischer Handhabung des Tarifs nicht mehr in der Lage, das Schiedsgericht als unparteiische Instanz zu betrachten.“

Der Versuch der Firma Zagerl, durch Drohung mit Entlassung die Arbeit zu einem von ihr bestimmten Preise herzustellen zu erhalten, widerspricht den Paragraphen 4 und 5 des Tarifs und wird daher aufs schärfste verurteilt. Der Versuch stellt außerdem einen Verstoß gegen die guten Sitten dar. Auch die Gepflogenheit der Firma, besser bezahlte Arbeiten im Zeitlohn herstellen zu lassen, entspricht nicht den Bestimmungen des Tarifs.

Die Beschäftigung einer Arbeiterin an der Registriermaschine bei der Firma Ferd. Aschelm ist ebenfalls zu verurteilen und werden wir in Zukunft jeden Versuch, die Männerarbeit zu verdrängen, energisch bekämpfen.

Die Versammlungen erklären ferner, in Zukunft den Versuchen auf Verschlechterung des Lohnarfs und der Werkstudienaffordtarife mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten zu wollen. Die Branchenleitung wird beauftragt, vorkommendenfalls die ihr geeignet erscheinenden Schritte sofort zu unternehmen.“

Sodann wird Schwalbe in die Branchenleitung gewählt. Unter „Branchenangelegenheiten“ macht Harder auf die Lohnbewegung unserer Kollegen und Kolleginnen in Hannover in längerer Ausführungen aufmerksam. Reife fordert auf, jegliche Streitarbeit zu verweigern und vorkommendenfalls das Bureau sofort in Kenntnis zu setzen.

**Berlin.** Kartonbranch. Die Branchenleitung hatte für den 19. Oktober eine öffentliche Versammlung einberufen, die zwar noch keinen befriedigenden, im Gegensatz zu den vorhergegangenen aber einen besseren Besuch aufzuweisen hatte. Kollege Briand behandelte das Thema: „Hat die Arbeiterklasse im heutigen Staate Gleichberechtigung?“ Auf Grund der Vorgänge und Ereignisse in neuerer Zeit, die er in fesselnder Weise zum Vortrag brachte, kam Redner zur Verneinung der Frage. All die Ungerechtigkeiten, die die Arbeiterschaft eine über die andere von der Wiege bis zum Grabe über sich ergehen lassen müsse, würden nur durch die Sozialisierung der Gesellschaft beseitigt werden können. Darum sei es Aufgabe aller, die Lässigen und Säumigen aufzurütteln, wozu die jetzige bewegte Zeit mehr denn je geeignet sei. Der Vortrag wurde allseitig mit Beifall aufgenommen.

In der Diskussion ersuchte Krüger die Anwesenden, mit Hand anzulegen an der Organisation der noch so zahlreich fernstehenden Klappenbach betont, daß die Versammlung wohl von den Kollegen und Kolleginnen gewünscht worden sei, der Besuch zeige leider nicht das Bestreben unserer engeren Berufsangehörigen auf Verbesserung ihrer Lage. In Hamburg, Hannover, Frankfurt, Nürnberg, Jülich, München und an anderen Orten sei die Kollegenchaft drauf und dran, sich eine Erhöhung ihres Einkommens zu erkämpfen, nur die übergroße Mehrheit der Berliner Kollegen und Kolleginnen denke nicht daran. Der Profit der Unternehmer werde immer größer, sie bauen sich eigene Fabrikparks, und Arbeiter und Arbeiterinnen tragen noch freiwillig infolge ihrer Interesslosigkeit dazu bei. Bloß weist auf die Anbelagerung der Jugendorganisation hin. Das Interesse für die Organisation der Jugend für die gewerkschaftliche Organisation müsse

dadurch ein größeres werden. Klappenbach macht noch auf die am Sonntag, den 13. November stattfindenden Wahlen der Arbeitnehmerbeisitzer zum Gewerbegericht aufmerksam. Da dieselben nach dem Proportionalwahlsystem vollzogen werden, wobei jede Stimme ausschlaggebend sein könnte, ersucht er, für eine starke Beteiligung zu sorgen.

Berlin. Am 26. Oktober fand eine Versammlung der in Album-, Mappen- und Galanteriearenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Kollege Garber referierte über: „Die Geschichte und die Leistungen der Invalidenunterstützung unseres Verbandes.“ In der Diskussion hielt Schuhmacher die Wartezeit der älteren Mitglieder für zu lang. Ihm wurde erwidert, daß diejenigen alten Mitglieder, die sich zu rechter Zeit der Pflicht bewußt geworden sind, sich der Organisation anzuschließen, genau zu derselben Zeit unterstützungsberechtigt werden, wie die jungen Mitglieder. Zum Schluß warnt Kollege Garber vor dem Uebertritt in die 3. Klasse.

Hierauf schildert Garber den Anwesenden eine ganze Reihe von Mißständen in unseren Betrieben. In vielen Betrieben wird trotz der guten Konjunktur unter Tarif entlohnt. In einigen Werkstätten mußte verhandelt werden, weil die Zuschläge für Ueberstunden nicht gezahlt werden. In einem anderen Betriebe wird den Arbeiterinnen, die Ueberstunden leisten müssen, wenn sie wegen Krankheit einen oder zwei Tage arbeitsunfähig sind, der Zuschlag für Ueberstunden abgezogen. Die Heimarbeit scheint, statt eingeschränkt, weiter verbreitet zu werden. Auch besteht in einigen Betrieben die Infitte, daß den Werkstattdarbeitern und -arbeiterinnen Arbeit mit nach Hause gegeben wird. In mehreren Werkstätten werden die familiären und Feuerschutzbestimmungen nicht beachtet, in anderen fehlen an fast sämtlichen Maschinen die Schutzvorrichtungen. Auch kommt es vor, daß Arbeiterinnen entgegen den gesetzlichen Bestimmungen länger als zehn Stunden beschäftigt werden. Eine ganze Anzahl dieser Mißstände können aber beseitigt werden, wenn sich die Kollegen und Kolleginnen mehr um ihre Rechte bekümmern und der Organisation entsprechende Mitteilungen machen würden.

Der Besuch der Versammlung war etwas günstiger als gewöhnlich, hätte aber noch bedeutend besser sein können.

Dresden. Am 19. Oktober fand eine starkbesuchte Versammlung der bei den Zinnungsmeistern und in Buch- und Steindruckereien beschäftigten Gehilfen und Arbeiterinnen statt. Wohl gab die Antworten der Unternehmer bekannt. Die Zustände der Buchbinderei sind überaus geringe. Der Stundenlohn der jüngeren Gehilfen soll lediglich um 1 bzw. 2 Pf. erhöht werden, einen Mindestlohn für die älteren Gehilfen festzulegen, weigerten sich die Zinnungsmeister. Die Verkürzung der Arbeitszeit wurde abgelehnt, ebenso unsere Vorschläge zur Regelung der Ueberarbeit. Nur einige winzige Forderungen, die den Fernen nichts kosteten, wurden angenommen. Die Buchdruckerei- und Steindruckereibesitzer wollen jetzt in keine Verhandlungen eintreten, doch sind sie nicht abgeneigt, unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse später gemeinsam mit den Hilfsarbeitern zu regeln. Die Lohnkommission hat eine Versammlung der Vertrauensleute beider Branchen einberufen zwecks Stellungnahme zu diesen Antworten. Nach reichlicher Aussprache und Prüfung aller für einen Streik günstigen und ungünstigen Umstände ist man zu der Ueberzeugung gelangt, daß voraussichtlich die erwarteten Erfolge die großen Opfer nicht aufwiegen würden, die wir unserer Kollegenchaft zumuten müßten. Der lachende Dritte würden jene unorganisierten Kollegen sein, welche infolge ihres kurzfristigen Egoismus die Hauptschuld an den traurigen Zuständen in Dresden tragen.

In der lebhaftesten Diskussion brachten die Redner ihren Anwillen über die sogenannten Zustände, welche eigentlich gar keine sind, oft in drastischer Weise zum Ausdruck. Obwohl gerade unsere Prinzipale jene Parteien unterstützen, welche erst wieder durch die letzte „Finanzreform“ der Arbeiterschaft ungeheure Lasten aufzubürden und alle Lebensmittel in unerhörter Weise verteuerten, hat man doch für eine Arbeiterschaft, die 6 Jahre lang den Frieden wahrte, nicht mehr übrig als 2 Pf. Zulage. Die Folgen eines solchen Verhaltens können nicht ausbleiben. So begreiflich es ist, daß ein Teil der Redner sich mit diesem Ausgang nicht zufrieden geben wollte, so konnte sich doch die Mehrheit der Versammlung nicht von den von der Kommission vorgebrachten Gründen verschließen und bekundete ihre Zustimmung durch Annahme der von der Lohnkommission vorgeschlagenen Resolution:

Die am 19. Oktober im Volkshaus versammelten Buchbinder und Buchbinderarbeiterinnen müssen die von der Buchbinderei gemachten Zugeständnisse als durchaus unzureichende bezeichnen. Auf Grund der zurzeit vor-

herrschenden Berufsverhältnisse hält man einen Streik aber vorläufig nicht für das geeignete Mittel, die Forderungen im vollen Umfang durchzubrüden, behält sich vielmehr vor, dieselben zu geeigneter Zeit erneut einzubringen.

Als erste Vorbedingung zu einem erfolgreichen Vorgehen betrachtet die Versammlung jedoch eine fortgesetzte intensive Agitation, die aber nur dann ihren Zweck erfüllen kann, wenn sich alle Verbandsmitglieder nach Kräften daran beteiligen.

Die Versammlung beauftragt ferner die Lohnkommission, den Druckereibesitzern in einem Handbroschieren zu erklären, daß das in Buchdruckereien beschäftigte Buchbinderpersonal die Schaffung fester tariflicher Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu gebührender Zeit gemeinschaftlich mit den Hilfsarbeitern anzubahnen gedenkt, erwartet aber gleichzeitig, daß schon jetzt auf Grund der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, entsprechende Lohnzulagen gewährt werden.

Weiter beauftragt die Versammlung die Branchenkommissionen, sofort eine umfassende Agitation einzuleiten, und erwartet, daß derselben seitens der organisierten Kollegenchaft weitgehendste Unterstützung zuteil wird.“

Stuttgart. Eine öffentliche Kontobucharbeiter-Versammlung, welche am 26. Oktober hier stattfand, beschäftigte sich mit dem Streik in Hannover. Kollege Frey referierte über den Stand der Bewegung. Erzaulich ist der gute Zusammenhalt der Streikenden und der geringe Erfolg der Streikbrecheragenten. In der Diskussion wurde beschlossen, durch Schreiben die Arbeitgeber darauf aufmerksam zu machen, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen jede Streikarbeit zurückweisen werden. Die Streikenden werden aber aufgefordert, fest an ihren Forderungen zu halten. Nachdem einmal die Prinzipale die Machtprobe probiert haben, mögen unsere Kollegen und Kolleginnen treu im Kampfe ausdauern. Der Verbandsvorstand soll ersucht werden, wenn der Streik länger dauert, die Unterstützung zu erhöhen. Die vom besten Geiste besetzte Versammlung nahm folgende Resolution an:

Die heute am 26. Oktober 1910 tagende zahlreich besuchte Versammlung der Stuttgarter Kontobucharbeiter und -Arbeiterinnen nimmt Kenntnis von dem Stand des Streiks der Berufsangehörigen in Hannover. Die Versammlung spricht ihre Entrüstung aus über das äußerst geringe Entgegenkommen der Unternehmer, besonders aber über die schroffe Ablehnung der Forderungen der Arbeiterinnen. Die Versammelten versichern den im Kampfe stehenden Kollegen und Kolleginnen ihrer vollsten Sympathie und der weitgehendsten moralischen Unterstützung. Die Versammelten verpflichten sich, unter keinen Umständen Streikarbeit anzusetzen und erwarten von den Stuttgarter Prinzipalen im Interesse des Friedens im Gewerbe, daß sie Arbeiten für oder aus Hannover nicht zur Herstellung übernehmen. Endlich fordern die Anwesenden alle in der Kontobuchbranche beschäftigten unorganisierten Personen auf, unverzüglich dem Buchbinder-Verbande beizutreten, um die Interessen der Kollegen und Kolleginnen gemeinsam wahren zu können.

### Rundschau.

Der Verband der deutschen Zelluloidindustriellen hat, wie die „Gummi-Industrie“ berichtet, auf die im Frühjahr dieses Jahres seitens der Arbeiter an Bundesrat und Reichstag gerichteten Eingabe um Erlass einer Verordnung zum Schutz der in der Zelluloidindustrie beschäftigten Arbeiter eine „Antwort“ an die gleichen Stellen gerichtet und dem Handelsministerium eine Abschrift dieser Antwort zugehen lassen. Ueber den Inhalt dieser „Antwort“ wird lediglich mitgeteilt, daß sie informativ gefaßt ist. Erwünscht wäre es aber, die Gründe kennen zu lernen, welche die Fabrikanten gegen den Schutz der Arbeiter vor der doch unbestreitbar vorhandenen außerordentlichen Brandgefahr in den Betrieben der Zelluloidindustrie geltend machen.

Politik der Woche. Vor einigen Tagen hielt der englische Finanzminister Lloyd George eine Auffsehen erregende aber von der ganzen bürgerlichen Presse Deutschlands totgeschwiegene Rede, in der er den furchtbaren Gegensatz zwischen Reichtum und Armut schilderte, der in England herrscht. Der Minister fügte hinzu, in den Ländern des Kontinents sei es auch nicht besser, sondern infolge der durch die Schutzpolitik hochgetriebenen Lebensmittelpreise sogar noch schlimmer. Gibt es nun auch keinen deutschen Staatsmann, der freimütig und ehrlich genug wäre, die Behauptung seines englischen Kollegen als richtig zu bestätigen, so hat doch das kgl. Preussische Statistische Landesamt sich genötigt gesehen, Zahlen zu veröffentlichen, die deutlich sprechen als deutsche Ministerreden es vermöchten. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß das zur Ergänzungssteuer herangezogene Vermögen in Preußen in den Jahren 1902-1906 von 75,7 auf 91,7 Milliarden Mark gestiegen ist. Von diesen 91,7 Milliarden Mark gehört der großen Masse der Besitzlosen natürlich gar

nichts, nur 1 1/2 Millionen Besitzen sind an dieser Summe beteiligt. In Preußen gab es im Jahre 1907 8 1/2 Millionen zum Reichstag wahlberechtigte Männer, von diesen 8 1/2 Millionen waren aber 6 1/2 Millionen, d. h. mehr als drei Viertel aller Wähler, vermögenslos! Aber selbst von den 1 1/2 Millionen Besitzenden können wiederum 70 Proz. nur ein Einkommen von unter 3000 Mk. jährlich versteuern, sie sind also auf keinen Fall den Reichen zuzuzählen. Wirkliche Reiche gibt es in Preußen nur rund 100 000, und ihnen — einer Handvoll Menschen im Vergleich zur preussischen Gesamtbevölkerung — gehört mehr als die Hälfte des gesamten steuerpflichtigen Vermögens. Dreißig Milliarden, ein Drittel des zur Steuer herangezogenen preussischen Nationalvermögens, befanden sich im Besitz von 19 000 Personen. Unter diesen 19 000 sind aber wieder 1107 Personen, die ein Vermögen von insgesamt 10 Milliarden ihr eigen nennen. 67 der allerreichsten Herren verfügen über 2 Milliarden; jeder dieser 67 Rabobs besitzt ein Vermögen von durchschnittlich 57 Millionen, 17 von ihnen besitzen ein jeder mehr als 110 Millionen! In 6 Jahren hat der Reichtum um 16 Milliarden zugenommen, von diesen 16 Milliarden ist der allergrößte Teil in die Taschen der reichsten Leute geflossen!

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß der Reichtum einer dünnen Oberschicht der Gesellschaft in den 6 Jahren 1902-1908 in einem Maße gewachsen ist, an das der beschriebene Fortschritt in der Lebenshaltung der Arbeiter, der oben durch die furchtbare Verteuerung aller Lebensmittel zum großen Teil wieder wettgemacht wird, nicht entfernt heranreicht. Es zeigt sich aber auch an ihnen, ein wie geringer Bruchteil der Bevölkerung an der Erhaltung der kapitalistischen Eigentumsordnung interessiert ist. Die Sozialdemokratie, die im Januar 1907 erst 1816 000 Wähler in Preußen mußern konnte, steht vor der Möglichkeit, die Zahl ihrer Anhänger zu verdoppeln und zu verdreifachen, wenn sie es nur versteht, alle Besitzlosen um ihre Fahne zu scharen.

Für die bürgerlichen Parteien, die das Interesse des Großgrundbesitzes und des Kapitals vertreten, sind bei den Wahlen noch immer 5 Millionen Stimmen abgegeben worden. Unter diesen 5 Millionen konfessionell, ultramontaner und liberaler Wähler sind mindestens 3 1/2 Millionen absolute Habenichtse, und von den übrigbleibenden 1 1/2 Millionen besteht wiederum der weitaus größte Teil aus Dreierrentiers, die von der sozialistischen Expropriation wirklich nichts zu fürchten brauchen. Das ist eine Tatsache, die die allergrößte Beachtung im politischen Kampfe verdient: die sogenannten bürgerlichen Parteien sind bürgerlich nur in der Führung, aber nicht in der Masse. Und darum müssen sie ihre Stoßkraft als antiproletarische Klassenparteien mehr und mehr verlieren, denn sie sind genötigt, auf die proletarischen Elemente ihres Anhangs Rücksicht zu nehmen — wenigstens so lange, als das Reichstagswahlrecht besteht. Daraus erklärt sich auch die Zersekung aller bürgerlicher Parteitätigkeit in Demagogie einerseits und Scharfmacherei andererseits. Auf der einen Seite macht man Anleihen beim sozialdemokratischen Programm, um seine „Vollstreckbarkeit“ in bengalischem Licht zu zeigen, auf der anderen Seite müncht man laut oder heimlich das Reichstagswahlrecht und die Arbeiterorganisationen zum Teufel, um endlich dieses elken, heuchlerischen Spiels, des Wuhlens um die Gunst der Masse, enthoben zu sein.

Dieser Zersekungs- und Umwandlungsprozeß hat alle bürgerlichen Parteien ergriffen. Im Freisinn verursachte er die Abspaltung der Demokraten, bei den Nationalliberalen die Scheidung in Junge und Alte, bei Zentru in den Krieg zwischen Breslau-Berlin und Köln-Gladbach, der jetzt eben, wenigstens scheinbar und äußerlich, durch ein faules Kompromiß beendet worden ist. Es ist hier wie überall: die einen sehen nur die Klasseninteressen einer Minderheit von Kapitalisten, Magnaten und Brälaten und proklamieren die unbeschränkte Herrschaft der geschichtlich überkommenen Gewalten; die anderen, schlauer und vorsichtiger, wissen, daß diese Herrschaft sehr bald zusammenbrechen muß, wenn ihre Ziele allzu offenkundig enthüllt werden, und darum reben sie von Demokratie und Sozialpolitik. Wenn sich jetzt wieder die „christlich-nationale Arbeiterbewegung“ einig findet mit den Herren Bischöfen, deren öffentlich verkündeter Grundsatz lautet: „Wer Recht ist, soll Recht bleiben!“ so kann man solche tödliche Unterwerfung im Interesse der Klarheit nur begrüßen. Die moderne, proletarische, von den Gegnern als sozialdemokratisch denunzierte Gewerkschaftsbewegung wird sicher den größten Vorteil davon haben!

Über selbst die konervative Partei, diese nackte brutale Massenpartei des adligen Grundbesitzes, ist von jenen Wandlungen nicht verschont geblieben. Kaum zwei Jahrzehnte sind es her, da gebärdete sich die Junkerpartei als die Todfeindin des Kapitalismus und der großindustriellen Entwicklung, denn damals hoffte sie noch, mit sozialem Königtum und Adavantismismus die Massen auf ihre Seite bringen zu können. Wenn jetzt diese konservativen nach dem industriellen Westen gehen, um sich bei den großkapitalistischen Scharmachern als Bravos zu verdienen, so zeigt das, wie weit sich die Herren herablassen müssen, um sich politisch noch einigermaßen zu behaupten. Noch vor wenigen Jahren konnte man in dem führenden Junkerblatt, der „Kreuzzeitung“, oft Sätzen wie dem folgenden begegnen („Kreuzztg.“ Nr. 216, 1901):

Wir sind keine Freunde des Kapitalismus, wir sind uns über die schweren Mißstände, die seine großgewerbliche Ausgestaltung erzeugt, vollkommen klar und haben dem schon oft Ausdruck gegeben.

Jetzt aber liebt man („Kreuzztg.“ Nr. 496, 1910): Im industriellen Westen bedürfte man einer konservativen Partei, weil die Liberalen unter Wasser- manns Führung und im Wettrennen um die Gunst der Massen die sozialpolitische Gesetzgebung im Gegensatz zu den berechtigten Wünschen der Arbeitgeber immer weiter dränge! Diese Wendung bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß die Konservativen auf den ganzen Schwindel mit dem sozialen Königtum verzichtet haben und in der einseitigen Scharmacherei ihr Heil suchen. Daher das Loben nach Zucht- aus- gesetzen, Belagerungszustand, Wahlrechtsraub und Staatsstreich!

Von der konservativen Sozialdemagogie, die einst mit ihrem Stöcker die sozialdemokratische Bewegung abzulösen gedachte, ist nur ein schaler Rest übrig geblieben, der auf einer einzigen Anklagebank Platz hat. Herr Wilhelm Bruhn, Reichstagsabgeordneter und Held des Erpreß- prozesses gegen die „Wahrheit“, bildet den einen Endpunkt der konservativen Parteientwicklung, der Junker v. Hedebrom, der jetzt als notleidend gewordener Politiker an den Türen der Stinnes und Kirckorf anknüpft, den anderen. Hier wie dort stehen die reaktionären Todfeinde der Arbeiterklasse am Ende ihres Lateins, nur mit Zittern und Zagen erwarten sie die Generalprobe der Reichstags- wahl von Labiau-Wehlau und die große Abrechnung von 1911!

**Abrechnungen**

Vom 3. Quartal gingen weiter bis zum 1. November bei der Verbandskasse ein: Von Gau I mit 225 Mk., Berlin 15 769,40 Mk., Gau II — Mk., Stettin 130 Mk., Breslau 1000 Mk., Briesg 313,95 Mk., Rattow- witz 74,07 Mk., Posen — Mk., Gau V 399,65 Mk., Halberstadt 112,57 Mk., Magdeburg 884,77 Mk., Bremerhaven 60 Mk., Flensburg 75,90 Mk., Biele- feld 582,08 Mk., Kassel 80 Mk., Gera 100 Mk., Gotha 100 Mk., Aachen 160 Mk., Bochum 60 Mk., Bonn 100 Mk., Krefeld 450 Mk., M.-Gladbach 121,05 Mk., Gau XI 59,34 Mk., Hanau 392,90 Mk., Annaberg- Buchholz 754 Mk., Grimma 200 Mk., Mannheim- Ludwigschafen 650 Mk., Straßburg 30 Mk., Gau XV — Mk., Freiburg 140 Mk., Reutlingen 250 Mk., Stuttgart 3963,25 Mk., Erlangen 300 Mk. und von Regensburg mit 57,27 Mk.

E. Hauelsen.

**Literarisches.**

Das Protokoll des Magdeburger Parteitags ist erschienen. Die Verhandlungen des Parteitags wurden dieses Jahr mit ganz außerordentlichem Interesse verfolgt, und besonders die Debatten über die Budgetemilligung haben die Gemüter aufs heftigste erregt. Aus den sonstigen Verhandlungen sind noch hervorzuheben: Bericht des Parteivorstandes — Parlamentarischer Bericht — Maifeier — Wahlrechtsfrage — Genossenschaftsfrage — Reichs- versicherungsordnung. Das Protokoll kostet Vereins- ausgabe 1,25 Mk., gebunden 1,75 Mk.

**Arbeiterversicherung und Alkoholismus** von Albert Kohn. Verlag: Deutscher Arbeiter-Abti- nenten-Bund (F. Michaelis), Berlin S.O. 16, Engel- hfer 19. — 24 Seiten, 30 Pf., billige Ausgabe 10 Pf.

Der Verfasser ist besonders berufen, dieses Thema zu behandeln, steht ihm doch als Leiter einer großen Ortsklasse ein reiches Material zur Verfügung. Aber Kohn beschränkt sich nicht darauf; er verarbeitet im wesentlichen diejenigen Erfahrungen, die anderwärts auf diesem Ge- biete gesammelt sind. Er weist unter anderem an Hand der Jahresberichte von Krankenhäusern den Umfang des Alkoholismus nach. Später führt Kohn die verschiedensten Maßnahmen auf, die die einzelnen Berufsgenossenschaften in bezug auf Alkoholbekämpfung vorgenommen haben. Das Kapitel Alkohol und Unfall erfährt ebenfalls eine umfassende Behandlung. — Das Buchlein repräsentiert sich somit als ein außerordentlich gutes und vor allen Dingen billiger Führer. Wir empfehlen unseren Lesern die Anschaffung ausr wärmste. Jede Parteibuchhandlung besorgt die Lieferung.

**Die Schmaroker des Menschen.** Von Dr. F. Riphthück. Heft 25 der Arbeitergesundheitsbibliothek. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68. Preis 50 Pf. Volksausgabe 20 Pf.

**ANZEIGEN**

**Zahlstelle Stuttgart.**

Unlieb verspätet.

Am 12. Oktober ist nach langer Krankheit unser Mitglied

**Josef Betschart**

im Alter von 87 Jahren gestorben.

Am 18. Oktober verstarb unser langjähriges Mitglied, der Kollege

**Karl Trotter**

nach langer schwerer Krankheit im Alter von 50 Jahren.

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Zahlstellenvorstand.

Zur Vermählung unseres Kollegen **Wilhelm Oberlat** und seiner lieben Braut **Fräulein Johanne Lehnhoff** herzlichsten Glückwünsche! Die Kollegen und Kolleginnen der Firma **Wilhelm Hansen, Solingen.**

Inserm lieben Kollegen **Gustav Mann** nebst seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Zahlstelle Herlorn.

**Tüchtiger Pressvergolder,**

welcher im **Farbdruck** vorzügliches leistet, bei hohem Lohn gesucht. Offerten unter **K. H. 812** an die Expedition dieses Blattes erbeten.

**Berlin.**

**Luxuspapierbranche.**

**Berlin.**

Montag, den 7. November 1910, abends 7 Uhr:

**Bezirks-Versammlung für den Bezirk Norden**

in Gebr. Grauz' Festhale, Köslinerstraße 8.

Tagesordnung: 1. Hervorragende Frauen in der Geschichte.

Ref.: Genossin Frau Dr. Wehl. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Die Branchenleitung.

**Erfahrener**

**Spritzmeister**

welcher auch im Entwerfen und Skizzieren firm ist, nach **Budapest** gesucht. Offerten unter **F. M. 89** an die Expedition dieses Blattes.

**Wochtags-Ausflüge, Herrenpartien,** empf. sich „Photograph“, Hauptpost Berlin.

**Die Gold- und Silberschmelzerei, Scheide- und Geätz-Anstalt**

**M. Broh**

Berlin SO. 33, Köpenickerstr. 29,

Fernsprecher: Amt IV, 6958.

kauft Kehr- und Staubgold, Goldschmied- Goldwatten, Goldgummis sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände. Vorzügliche Schmelz-, Brenn- und Mahl- einrichtungen. — Streng reelle Bedienung. Anerkennungsschreiben v. In- u. Ausland. Gegründet im Jahre 1896.

**Anton Spindler, Leipzig-Th.**

**Vorteilhafte Bezugsquelle**

in besten Rötguss-Schriften, Gravuren für Presse und Handvergoldung Sämtliche Ueberzug- u. Vorsatzpapiere Japanische Neuheiten Maschinen, Werkzeuge u. Materialien zu äussersten Preisen Beste Bedienung! Große Musterauswahl!

**Winkel, Lineale, Schienen,** Zirkel, Messer, Scheren usw. empfiehlt **F. Clement, Leipzig.**



**Kostenfreier Arbeitsnachweis**

für Buchbinder O. Th. Winckler, Leipzig

**Bei Blutarmut, Bleichsucht,**

Blutarmen Zuständen, bei denen eine Mehrung der Blutmenge und Besserung der Blutbeschaffenheit notwendig ist, z. B. nach Blutverlusten (Operationen, Wochenbetten usw.), Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrankheiten, nach überstandenen erschöpfenden Krankheiten usw. werden warm empfohlen Trankturen im Hause mit

**Lamscheider Stahlbrunnen.**

„In allen Fällen sahen wir die Symptome der Chlorose (Bleichsucht) sehr bald verschwinden und einem körperlichen und seelischen Wohlbefinden Platz machen, das um so schneller eintrat, je schwerer die einzelnen Fälle waren. Die Patienten erholten sich merkwürdig schnell. Deheme und Schmerzen in den Füßen verschwand, der Appetit nahm zu, die Kopfschmerzen ließen nach, gesunder Schlaf stellte sich ein, die Müdigkeit machte einer gewissen Arbeitsfähigkeit Platz.“ — Ich teile Ihnen mit, daß ich bei den verschiedenen Erkrankungen des Magens, auf nervöser Grundlage basierend, Ihr Wasser mit gutem Erfolg angewandt habe und dasselbe seit mehreren Jahren in vorkommenden Fällen gern empfehle.“ — Ausführliche Mitteilungen über Kurverfolge, Bezug des Brunnen kostenlos durch: Lamscheider Stahlbrunnen in Dissenfeld SW. 123.